

Pro ZUKUNFT

Der Navigator durch die aktuellen Zukunftspublikationen

In Zusammenarbeit mit **Future Survey**

20. JAHRGANG, 2006 | 2

EDITORIAL

Die „Agenda Arbeit“ neu definieren

Von der Arbeitswelt des Wohlfahrtskapitalismus des vergangenen Jahrhunderts stehen nur noch bröckelnde Fassaden. Auf den Arbeitsmärkten herrschen Unsicherheit, brutale Selektion, Polarisierung zwischen wenigen Olympiareifen und Massen von Abstiegs kandidaten, Prekarisierung und Leistungsdruck, lebenslanges Verbrennen von Qualifikationen, Auslöschung des Mittelstandes, Desperadomentalitäten und ein kräftiger Einsatz der Ellenbogen.

Trotz wachsenden Gesamt reich tums werden die sozialen Garantien zertrümmert. Solidarität ist nicht einmal mehr als Worthülse in Gebrauch. Die Idee des Fortschritts, dessen Bannerträger die Arbeiterbewegung war, wird entsorgt und verschwindet im Morast postmoderner Beliebigkeit.

Zunehmend greifen die Unternehmen nach der Seele der Arbeitenden. Eine neue Rasse von Arbeitstieren soll im Kreativ-, Design- und Entertainment-Kapitalismus wirtschaftlichen Erfolg garantieren: durch Ergebnisorientierung, Identifikation, Motivation, Kreativität, unternehmerischem Denken, Lernbereitschaft, emotionaler Kompetenz, Adaptionfähigkeit und Robustheit. Aber die neue Rasse ist störrisch. Innere Kündigungen und Illoyalität nehmen zu. Wo die Gesetze des Marktes so übermächtig sind, kann sich kein Vertrauen bilden.

Die Zukunft der Arbeit und die Zukunft des Planeten sind miteinander schicksalhaft verkettet. Arbeit ist der einzige Produktionsfaktor, der eine Verbindung zwischen dem Menschen und dem planetarischen Gesamtgefüge herstellen kann. Arbeit kann Dienst am Planeten Erde und seinen Bewohnern sein – oder Krieg gegen den Planeten Erde und seine Bewohner. Wozu haben wir all die phantastischen Wissensbestände, Technologien und Bildungsbestände ange-

häuft? Um damit unserer kollektiven Existenz auf unserem Stern den Garaus zu machen?

Arbeit verfügt über eine atemberaubende Potenzialität. In ihr ist exponentielle Reichtumserzeugung angelegt. Blockiert man dieses Potenzial aber, so verharrt sie in stumpfer Apathie. Arbeit: das sind Mozart und Einstein, aber auch die grantige Verkäuferin und der demotivierte Lehrer, der die Tage bis zur Pensionierung zählt. Wieder ein Paradoxon: Unser heutiges Arbeitsregime vergeudet Arbeit in hohem Ausmaß, trotz Stress, Verdichtung und Kontrolle (ja eben gerade deswegen).

Zur Neudefinition der Arbeit im Zentrum einer Gesellschaft der Kreateure, der Entdecker und Erfinder, der Wissenden und Lernenden, der Künstler und Tüftler, zu einer Kommune globaler Netzwerker für die Zukunft gibt es keine Alternative. So wie es keine Alternative zu Verlangsamung, Muße, Kulturalisierung, Aufwertung der Sinnlichkeit, Versöh-

Highlights

- 34 | Losarbeiten - Arbeitslos. Hg. A. Exner ...
- 36 | R. Höppner: Arbeit aus, alles aus?
- 50 | G. Vobruba: Entkopplung von Arbeit und Einkommen
- 52 | Globale soziale Sicherheit. Hg. M. Füllsack
- 53 | J. Huber: Innovation Economy
- 55 | K. u. A. Steinmüller: Die Zukunft der Technologien
- 58 | Kirig/Wenzel: Tourismus 2020

Magazin

JBZ-News

Veranstaltungshinweise

nung mit der Natur, einer kulturellen Revolution von unten gibt. Arbeit muss im Zentrum und nicht an den Rändern der Wissens- und Dienstleistungsökonomie stehen, verlinkt mit den wirklichen und nicht künstlich herbeimanipulierten Bedürfnissen der Menschen. Von einer konvivialen und partizipativen Tätigkeitsgesellschaft geht eine soziokulturelle Revolution aus, die den Stupiditäten eines schalen und einfältigen Konsum- und Erlebniskapitalismus den Nährboden entzieht. Die alte Arbeitswelt wird derzeit irreversibel demontiert. Man sollte ihr nicht nachtrauern. Lediglich in einer historisch sehr kurzen Zeit hat sie sich sozialverträglich maskieren können. Immer war sie mit den Bewegungsgesetzen einer folgenblinden Profitökonomie liiert. Es wird Zeit, diesen Zusammenhang einer illusionslosen Analyse zu unterziehen. Die alte Arbeitswelt steht für eine „Arbeitsgesellschaft“, deren Kennzeichen entfremdete Arbeit, Enteignung der Produzenten des Arbeitsprodukts und Indifferenz gegenüber dem Arbeitsergebnis sind. Paradoxe Sinn dieser „Arbeitsgesellschaft“ ist die Selbstverwirklichung in der Freizeit.

Aber nicht einmal dies funktioniert. The Winner Takes It All: Zuerst die Arbeit, dann das Leben. Und so stürzt man sich denn mit geleerten Batterien in die trotz ihrer surrealen Grellheit toten und öden Arenen der Erlebniswirtschaft, des Einkaufs-Entertainments, vorgefertigter Tourismuskonserven und taucht ab in die Trugbilder eines raffiniert emotionalisierten Warenkonsums. Mit einer derart ohnmächtigen und subalternen Positionierung ist der Faktor Arbeit nicht der wichtigste Verbündete der Zukunftsfähigkeit der Menschheit, sondern deren Totengräber.

Die Situation ist aber höchst labil, ein Wendepunkt ist zum Greifen nah. Es geht darum, utopisches Denken, Zivilcourage, radikale Sachlichkeit und Zukunftskultur an die „Agenda Arbeit“ heranzutragen. Arbeit bleibt das handfeste Bindeglied zwischen Visionen und ihrer stofflich-konkreten Realisierung.

Ich wünsche Ihnen in diesem Sinne beim Lesen dieser Nummer der „pro Zukunft“ nicht nur intellektuellen Nutzen, sondern auch Impulse für die Praxis,

Ihr

Klaus Firlei



Klaus Firlei lehrt Arbeits- und Sozialrecht, Arbeitsbeziehungen, Europarecht, Sozialpolitik und Zukunftsforschung an der Universität Salzburg und ist Vorsitzender des Kuratoriums der Robert-Jungk-Stiftung.

I N H A L T

| | |
|--|-----------|
| Editorial | 1 |
| Navigator | 3 |
| <i>Im Navigator werden Bücher, Links, Neue Medien und graues Material zu einem Schwerpunkt sowie zu weiteren Themen vorgestellt.</i> | |
| Arbeit | 3 |
| Losarbeiten - Arbeitslos (Hg. v. A. Exner), Land der (Hänmmer - zukunftsreich? (Verein MenschenWerk), Arbeit aus, alles aus? (R. Höppner), Mythen der Ökonomie (Hg. v. BeigeWUM), Sabbaticals (B. Siemers), u. a. m | |
| Schwerpunkt Grundeinkommen: | 13 |
| Bürger, ohne Arbeit (W. Engler), Grundeinkommen: bedingungslos (Rätz/Paternoga/Steinbach), Entkopplung von Arbeit und Einkommen (G. Vobruba), Die Macht des Geldes (E. Leemann) u. a. m. | |
| Trend- und Zukunftsforschung | 19 |
| Innovation Economy (J. Huber), Szenariotechnik (Hg. F. Wilms), Die Zukunft der Technologien (K.-H. u. A. Steinmüller), Servolution (GDI Impuls), Handbuch Trendforschung im Sport (Ch. Wopp), Tourismus 2020 (Kirig/Wenzel) u. a. m. | |
| Energie - Ernährung - Klima | 24 |
| Die Energiefalle (W. Gründinger), Mythos Atomkraft (Hg. Heinrich Böll Stiftung), Ernährungswende (Hg. U. Eberle), Der Klimawandel (Rahmstorf/Schellnhuber), Wir Wettermacher (T. Flannery) u. a. m. | |
| Soziale Räume gestalten | 28 |
| Handbuch Sozialraum (Hg. F. Kessler), Räume, Orte Grenzen (M. Schroer), „Ich will, dass etwas geschieht“ (A. Kirsten) u. a. m. | |
| Magazin | 30 |
| <i>Im Magazin berichten wir über News aus der Zukunftsforschung, der Zukunftswerkstätten-Szene sowie über eigene Projekte und Veranstaltungen.</i> | |
| Sustainable Mozart, JBZ-News | 30 |
| Termine | 31 |
| Register | 31 |
| Impressum | 32 |

Die nächste Ausgabe von *pro Zukunft* erscheint im September 2006

Krise und Zukunft der Arbeit(sgesellschaft)

„War es nicht ein uralter Menschheitstraum weniger arbeiten zu müssen, um endlich Zeit für das eigentliche Leben zu haben? Nicht das fürs Überleben notwendige Arbeiten sollte doch im Mittelpunkt stehen, sondern alles jenseits der bloßen Bedürfnisbefriedigung: Die Muße, die Kunst, das Spiel, die Philosophie, alles, was das eigentlich Menschliche ausmacht. Heute wäre es endlich möglich, diesen Traum zu verwirklichen. Aufgrund der enorm gestiegenen Arbeitsproduktivität könnten alle Menschen auf der Erde bei – im historischen Vergleich – geringem Aufwand gut versorgt werden. Trotz des Absterbens der Arbeit entpuppt sie sich als totalitäre Macht, die keinen Gott neben sich duldet.“ Dieser bei *Maria Wölflingseder*, Redakteurin der „lohnarbeitskritischen“ Zeitschrift „Streifzüge“ (www.streifzuege.org), nachzulesende Gedanke (s. Nr. 35) ist nicht neu, aber dennoch aus dem öffentlichen Diskurs verdrängt. Zu sehr nimmt uns das Dogma der Vollbeschäftigung in Beschlag, das Denken in Alternativen fällt schwer. Daher brauchen wir Vorschläge, die – reformerisch oder radikal-utopisch – Arbeit neu denken. Ihnen soll im Folgenden Platz gegeben werden. Denn: Die Dekonstruktion alter Wirklichkeiten ist die Voraussetzung dafür, Neues entwickeln zu können. Wer die Deutungsmacht hat, hat auch die Macht zur Veränderung.

Utopien über weniger Arbeiten bzw. über eine andere Arbeit sind so alt wie die Arbeitsgesellschaft selbst. Ob die Verheißungen der mikroelektronischen Revolution, die André Gorz in „Wege ins Paradies“ (1983) jenseits der Industriearbeit beschrieben hat, oder die Ansätze einer alternativen Ökonomie, in der Arbeit selbst bestimmt, kollektiv und sinnstiftend organisiert war – programmatisch dazu der Titel „Anders arbeiten – anders Wirtschaften“ (1979) aus der Reihe „fischer alternativ“ mit Zukunftsentwürfen u. a. von Joseph Huber, Ernst U. und Christine von Weizsäcker sowie von Robert Jungk – diese Texte erschienen in einer Zeit, in der die Selbstverständlichkeit von „Vollbeschäftigung“ in den klassischen Industriegesellschaften erstmals zu bröckeln begann. Robert Jungk setzte im zitierten Band auf die „Andersarbeit“ der Arbeitslosen: „Die Freigesetzten könnten – wenn man ihnen die Chance dazu gäbe oder sie selbst diese Möglichkeiten ergriffen – Vorläufer neuer gesellschaftlicher Formen und Lebensstile werden, Experimentatoren auf einem Feld wichtigster menschlicher Bedürfnisse, dem

Drang zu schöpferischer Selbstverwirklichung.“ Die Realität der Arbeitsgesellschaft gut 20 Jahre nach diesen Utopien sieht anders aus. Vorschläge zur Zukunft der Arbeit von heute sind daher zu lesen auf der Hintergrundfolie von dramatisch gewachsener Arbeitslosigkeit (die mental bei vielen Menschen das Gefühl des „Überflüssigwerdens“ erzeugt), von Deregulierung ehemals fest verbrieftter Arbeitsverhältnisse („Vom Proletariat zum Prekariat“) und dem zunehmenden psychischen Druck auf die Menschen in der „Stressgesellschaft“. Letzterer reicht vom Nicht-Mehr-Mithalten-Können in der permanenten Qualifizierungsschraube über das Hinausfallen aus dem Beschleunigungsturbo („Arbeitsverdichtung“) bis zum Nicht-Mehr-Zusammen-Bringen der Le-



Links

Zukunft der Arbeit(szeitpolitik)

www.arbeit-leben-zeit.de

In diesem Forum von Kirche und Gewerkschaft werden u. a. Modelle der Arbeitszeitgestaltung vorgestellt.

www.arbeitszeitberatung.de

Deutsches Beratungsunternehmen für Fragen der betrieblichen Arbeitszeitgestaltung.

www.beruf-und-familie.de

Gemeinnützige Hertie-Stiftung zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

www.best-zeit.de

Empfehlungen für Möglichkeiten der Arbeitszeitflexibilisierung des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln.

www.bmwi.de

Das bmwi bietet u. a. Fallbeispiele flexibler Arbeitszeitmodelle inkl. Umsetzungserfahrungen.

www.paps.de/maenner-gegen-laenger/indes.htm

Offener Brief „Männer wollen nicht länger arbeiten“ mit Reaktionen.

www.tempi.de

Die Gesellschaft für ganzheitliche Arbeitszeitberatung mbH informiert über Möglichkeiten der Arbeitszeitgestaltung.

www.flexible-unternehmen.de

Fachbeiträge und Fallstudien zu flexiblen Arbeitszeitsystemen.

www.iat-info.iatge.de

Das Institut für Arbeit und Technik dokumentiert Fallbeispiele für moderne Arbeitszeitmodelle in NRW.

www.labournet.de

Virtueller Treffpunkt der Gewerkschafts- und Betriebslinken; u. a. mit Berichten zu den Themen Arbeitsalltag und Arbeitszeit.

www.fairworks.com

Agentur für Laufbahnberatung in Zürich.

www.neuearbeit-neuekultur.de

Anregungen nach dem Konzept „Neue Arbeit“ von Fritjof Bergmann.

„Entscheidend für die Lebensqualität wird sein, wie groß der Einfluss auf die eigene Zeit ist, wie selbstbestimmt die Arbeit ist und wie sich bezahlte und unbezahlte Arbeit zwischen den Geschlechtern verteilt.“
(C. Paiha in 34, S. 160)

„Wer die Frage stellt, was denn wachsen solle, damit es besser bestellt wäre um unsere irdische Existenz, der wird die verblüffende Nachricht erhalten, dass das Wachstum wachsen müsse.“
(M. Gronemeyer in 34, S. 138)

benssphären („Work-Life-Balance“).

Während der öffentliche Diskurs in Politik, Wirtschaft und Medien noch weitgehend bestimmt ist vom Motto „Arbeitsplätze schaffen“, mehren sich in der sozialwissenschaftlichen Literatur erneut die Vorschläge, die ein Abrücken vom alten Vollbeschäftigungsideal nahe legen. Gespeist werden sie von der (ökologischen) Wachstumskritik, von der Forderung nach Neuverteilung der Produktivitätszuwächse in High-Tech-Ökonomien, dem erweiterten Blick auf die „anderen“, nicht der Erwerbssphäre zuzurechnenden Tätigkeiten, die zum Funktionieren von Gesellschaften und Wirtschaften jedoch überlebenswichtig sind („Care-Economy“) sowie nicht zuletzt von einem neuen Diskurs über Wohlstand und Lebensqualität, der etwa Zeitpolitiken, die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie sowie ein reflexives Konsumverhalten zum Thema macht.

In *pro ZUKUNFT* haben wir immer wieder alternative Modelle zur Zukunft der Arbeit vorgestellt, etwa Ulrich Becks Plädoyer für „Bürgerarbeit“, Jeremy Rifkins Hoffnung auf einen öffentlich finanzierten Dritten Sektor („Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft“), Konzepte „pluraler Einkommen“ wie Georg Vobrucas „Abschied von der Vollbeschäftigung“ oder die „Vision einer Tätigkeitsgesellschaft“ (Joachim Sikora). Ist nun – so lässt sich fragen – die Zeit reif und der Problemdruck groß genug, um Alternativen auch in einem breiteren Diskurs zu verankern? Die im Folgenden vorgestellten Ansätze weisen unterschiedliche Lösungsakzente auf, bestimmt werden sie zum einen durch politikt nahe Konzepte der Reform der Arbeitsgesellschaft, zum anderen durch die Wiederaufnahme einer Grundsatzkritik an dieser. *H. H.*



34 Losarbeiten – Arbeitslos. Globalisierungskritik und die Krise der Arbeitsgesellschaft. Hrsg. v. Andreas Exner ... Münster: Unrast-Verl., 2005. 284 S., € 16,- [D], € 16,50 [A], sFr 28,10 ISBN 3-89771-443-4

Grundsätzliche Kritik an der Arbeitsgesellschaft eint die Mehrzahl der Beiträge dieses von Streifzüge-Redakteur *Andreas Exner* gemeinsam mit *Attac* u. a. herausgegebenen Bandes. Der Untertitel zeigt an, dass es dabei auch um Kapitalismuskritik, um Kritik an der „Lohnarbeit“ selbst geht. Die insgesamt 19 Beiträge unterscheiden

sich nicht so sehr in der Analyse, dass die alte Vollbeschäftigungsstrategie passé ist, sondern in den vorgeschlagenen „Rezepten“ bzw. Alternativen. Exemplarisch seien hier fünf Beiträge herausgegriffen, die in unterschiedlicher Akzentuierung Lösungsperspektiven aufzeigen.

Die Soziologin *Christa Wichterich* lenkt den Blick auf eine „quantitative Neuverteilung und eine qualitative Neubewertung von bezahlter und unbezahlter, marktförmiger und sorgeorientierter Arbeit“ und landet bei der Forderung nach einem Existenzgeld, „auf das jeder Mensch in jedem europäischen Land ein Anrecht hat, weil ausreichend gesellschaftl. Reichtum für alle da ist“ (S. 38f). Der Ökonom *Markus Marterbauer* verweist auf die Dramatik am Arbeitsmarkt, wenn selbst im international gut dastehenden Österreich jeder dritte Beschäftigte zumindest einmal im Jahr arbeitslos ist. Er zeigt aber auch den markanten Anstieg des Angebots an Arbeitskräften bedingt durch den Eintritt der Babyboom-Generation in den Arbeitsmarkt sowie die Zunahme der Frauenerwerbsquote und die Zuwanderung. Nach *Marterbauer* führt kein Weg an weiterem Wirtschaftswachstum vorbei: „Wir benötigen etwa 1,5 Prozent Wirtschaftswachstum pro Jahr, damit die Zahl der Beschäftigten zu steigen beginnt (Beschäftigungsschwelle) und gut 2 Prozent, damit die Arbeitslosigkeit zu sinken beginnt (Arbeitslosigkeitsschwelle).“ (S. 42)

Die Kulturwissenschaftlerin *Gerlinde Malli* lenkt den Blick auf die „Alltagsbefindlichkeiten“ der Menschen in einer zunehmend flexibilisierten und individualisierten Arbeits- und Lebenswelt, die Gelingen und Scheitern allein den Personen anhaftet. Sie spricht von „Spuren einer sich vertiefenden Traurigkeit“, von zunehmenden „Zerreißproben“, denen wir ausgesetzt werden, von sich verkürzenden Planungshorizonten und dem Verlust „verbindlicher Lebenskonzepte“ – damit vom alltäglichen „kleinen“ Leiden, das allzu oft verdrängt werden muss. Mit ihrem Forschungsansatz des Darstellens von „Lebensbildern des Alltags“ verweist die Autorin auf eine neu zu findende Sensibilität, denn: „Wie Menschen behandelt werden, was sie erleben, wie sie handeln und sich einbringen können, ist ein untrüglicher Spiegel der Lebensqualität einer Gesellschaft.“ (S. 105)

Radikal ist der Zugang der Erziehungswissenschaftlerin *Marianne Gronemeyer*, wenn sie an Paul Lafargues „Recht auf Faulheit“ erinnernd, auf die desaströsen Wirkungen menschlicher Arbeitskraft im „Weltverbesserungsprojekt“ der Moderne verweist („Tatsächlich hätten wir allen Grund, die Nicht-Arbeiter und Nicht-Arbeiterin-

nen fürstlich zu honorieren, denn sie schädigen die Gesellschaft bei weitem weniger“, S. 135). Kritisch sieht die Autorin auch den Trend zur Dienstleistungsges., die alle Lebensbelangen „von der Reparatur der Dinge des täglichen Bedarfs über die Kurierung von Kinderkrankheiten bis zum Sterbebeistand“ den ExpertInnen überantwortet, die diese als Dienstleistungsware feilbieten. Sie verwehrt sich gegen den Glauben an Wachstum und das Trugbild produktiver Konkurrenz, die einem Nullsummenspiel gleiche („Der Erfolg des Einen ist die Niederlage des Anderen, mehr noch, je mehr Niederlagen ich anderen zufüge, desto besser stehe ich da. Mein Erfolg bemisst sich im täglichen Wirtschaftskampf gerade nicht nach der Qualität der erzeugten Produkte, sondern nach der Zahl der aus dem Felde geschlagenen Konkurrenten.“ S. 140f). Gronemeyer empfiehlt – nun doch anders als Lafargue – nicht Faulheit, sondern Rückkehr zur Eigenarbeit, was heißt: „den Geldbedarf und die Geldabhängigkeit zu mindern durch eigenes Tun und durch die Schaffung unmittelbar nützlicher Gebrauchsgüter für den eigenen oder den nachbarschaftlichen Bedarf“ (S. 136), denn Kräfte wachsen dem Menschen nicht zu aus dem Nichts-Tun, sondern aus dem „Tätigsein“. „Arbeit versus Leben?“ – so fragt die grüne Gewerkschafterin *Claudia Paiha* in dem hier abschließend dargestellten Beitrag, in dem sie realpolitische Zukunftsperspektiven eines „anderen Arbeitens“ sowie einer „emanzipatorischen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik“ aufzeigt.

Die Eckpunkte: Radikale Arbeitszeitverkürzung auf mindestens 30 Wochenstunden, denn nur diese bringe einen quantitativen Beschäftigungseffekt und nur diese ermögliche Spielräume für eine „Neuverteilung aller gesellschaftlichen Arbeit“. Weiters gehe es um die Bereitstellung nicht-marktfähiger, aber entsprechend entlohnter Arbeit im sozialen, ökologischen, kulturellen und Gesundheitsbereich, finanziert durch „sozial-ökologische Besteuerung“ und Einsparungen von Kosten der Erwerbslosigkeit. Schließlich fordert *Paiha* eine Demokratisierung der Arbeitsverhältnisse sowie die Unterstützung von Initiativen der Selbstverwaltung, die den ArbeitnehmerInnen mehr „Zeitsouveränität“ geben und auf die jeweiligen Lebensphasen Rücksicht nehmen (die Autorin spricht von einer „Feminisierung des Normalarbeitsverhältnisses“).

PS: Deutschland u. Österreich belegen im EU-15-Vergleich, so eine zitierte Studie, die letzten Ränge, was die Möglichkeiten betrifft, die eigene Arbeit(zeit) zu gestalten. *H. H.*

Arbeit: Kritik

Umfrage Jugend und Beschäftigung

Eine aktuelle Studie „Jugend und Beschäftigung“ aus Österreich zeigt, wie sich junge Menschen offensichtlich mental auf den brüchiger werdenden Arbeitsmarkt einstellen. Zwei Drittel der Befragten stimmen der Aussage zu: „In Zukunft wird es ganz normal sein, dass man nicht immer einen Job hat, sondern zwischendurch auch einmal arbeitslos ist.“ Auch Bildung wird nicht mehr als Zukunftsgarantie gesehen. Drei Viertel stimmen der Meinung zu: „Jugendliche, die eine gute Ausbildung abschließen, haben heute keine Garantie mehr, auch einen Job zu finden.“ (www.jugendkultur.at/downloads_KURZ.html)



35 Land der Hämmer – zukunftsreich? Von Arbeit & Arbeitslosigkeit. Salzburg: Verein MenschenWerk, 2006. 140 S. (ed. menschlichkeit; 5) € 13,40 [D], 14,30 [A], sFr 23,60 (Bestellung: verein.menschenwerk@gmx.at)

Die Kritik an einem verkürzten Arbeitsbegriff durchzieht auch diesen, aus mehreren Gründen beachtenswerten Band. Ob aus der Sicht der „systemischen Theorie der Sozialen Arbeit“, die von der Vielfalt menschlicher Bedürfnisse ausgeht – der Pädagoge und Sozialarbeiter *Michael Klassen* nennt neben dem Bedürfnis nach subjektiver Sicherheit/Gewissheit etwa jenes nach sozialer Zugehörigkeit, Unverwechselbarkeit, gerechter Behandlung oder auch jenes nach „subjektivem Sinn“; ob aus der Tradition der katholischen Soziallehre, die von mehreren „Grunddimensionen menschlicher Arbeit“ spricht, der naturalen, der schöpferischen, der personalen, der sozialen und der politischen – der Leiter der Katholischen Sozialakademie Österreichs *Markus Schlagnitweit* führt diese mit aktuellen Bezügen aus – Arbeit ist mehr als Gelderwerb und der Slogan „Hauptsache Arbeit – egal welche?“ aus sozialen wie ökologischen Gründen fatal. Auch die weiteren Beiträge setzen sich kritisch mit dem gegenwärtigen Diskurs über Arbeit auseinander: Der Philosoph *Robert Deinhammer* fordert etwa einen „sinnvoll-sinnermöglichenden Begriff von Arbeit“ – hinsichtlich Arbeitslosigkeit spricht er gar von einer „neuen Todesangst“; *Maria Wölflingseder* (s. o.) plädiert für eine Hinterfragung des Glaubens an Bildung und das Schulungswesen („Vielleicht lernen wir nur, weil wir nicht aufhören können zu arbeiten?“). Der Soziologe *Gernot Koren* zeigt anhand von „Lebensgeschichten“ Jugendlicher, welche Bedeutung der Eintritt junger Menschen

„Jugend ohne Arbeit bedeutet Jugend ohne (Tages)Struktur, ohne Perspektive, ohne Selbstwert, ohne gesellschaftliche Teilhabe. Und Jugendfrust entlädt sich in sehr destruktiven Bahnen.“
(*G. Koren* in **35**, S. 26f.)

„Die steuerliche Begünstigung bei Überstunden ist ebenso wie die Praxis von Überstundenzuschlägen nicht mehr zeitgemäß.“
(R. Höppner, in 36, S. 87)

ins Arbeitsleben hat und welche vielschichtigen Gründe das Scheitern haben kann. Auch wenn der Band wenig konkrete Zukunftsvorschläge aufweist (manche BeiträgerInnen plädieren für ein Grundeinkommen), so erinnert er doch an die Mehrdimensionalität von Arbeit. Als Besonderheiten hervorzuheben sind, dass auch „Betroffene“ (etwa Langzeitarbeitslose) zu Wort kommen, und dass die physische Herstellung des Buches durch Menschen erfolgte, die am 1. Arbeitsmarkt keinen Platz mehr finden. Das Salzburger Projekt MenschenWerk – beschrieben von *Susanne Altenberger* – bietet Menschen mit psychischen Erkrankungen die Möglichkeit sinnstiftender Arbeit, etwa in der Garten- und Landschaftspflege, im Weidenbau sowie eben im Gestalten und Binden von Büchern. (www.verein.menschenwerk.at.tf) H. H.

Arbeit: ganzheitliche



36 Höppner, Reinhard:
Arbeit aus, alles aus?
*Politik am Ende der
Arbeitsgesellschaft.*
Leipzig: Anderbeck-Verl.,
2005. 152 S.,
€ 9,80 [D], € 10,50 [A],
sFr 17,20
ISBN 3-937751-27-0

Zahlreiche Vorschläge wie Politik wieder gestaltend wirken kann, wenn sie aufhört, die Wiederherstellung der alten Vollbeschäftigung zu versprechen, macht Reinhard Höppner, Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt von 1992 bis 2002 und Präsident des Deutschen Evangelischen

Kirchentages 2007. Der Autor beschreibt zunächst die Bedeutung von Arbeit für Menschen, die weit über ein Einkommen hinausgeht. Und doch werde – davon ist Höppner überzeugt – das Erwerbsarbeitsvolumen nicht mehr wachsen (zuletzt ist es in Deutschland jährlich um 1 Prozent geschrumpft). Die Gründe sieht der Verfasser in weiteren Automatisierungen bei gleichzeitiger Konsumsättigung. Nur bedingt spielten Auslagerungen von Produktionen in „Billiglohnländer“ eine Rolle, da die Suche nach neuen Standorten häufig mit der Nähe zu neuen Märkten oder Rohstoffen zusammenhänge. Lohndumping sei daher kein geeigneter Weg, Arbeitsplätze zu halten, vielmehr bräuchten wir gesetzliche Mindestlöhne. Auch Industriesubventionen zum Zwecke der Erhaltung von Arbeitsplätzen hält Höppner für „in den Sand gesetztes“ öffentliches Geld.

Was können Politik und Staat noch tun? Eine unmittelbare Möglichkeit für den Staat, Arbeit zu schaffen, sieht Höppner im Bereich der öffentlichen Güter: Bildung, Umweltschutz, soziale Infrastruktur, Wohnumfeldverbesserung. Derzeit werden Steuern als Übel wahrgenommen, Steuerensenkungen als Problemlösung propagiert – für Höppner eine „neoliberale Legende“, die den Kern der Krise des Politischen ausmache. Es gehe darum, die Bereitschaft zu wecken, „dass Menschen ihr zunächst privates Geld mit für die Schaffung öffentlicher Güter einsetzen“ (S. 65). Die Folge wäre: „Weniger privater Konsum, mehr gemeinsame Lebensqualität.“ (S. 69) Ausgaben für Bildung müssten in der Wissensgesellschaft als Investitionen in die Zukunft gesehen und nicht – wie jetzt üblich – als konsumtive Ausgaben diskreditiert werden („Investieren in die Köpfe ist allemal zukunftsfruchtiger als die Investition in Beton“, S. 68). Nichts hält Höppner auch von einer weiteren üblich gewordenen Forderung, der Verlängerung der Lebensarbeitszeit, die bei der gegenwärtigen Situation auf dem Arbeitsmarkt kontraproduktiv wirke. Viel entscheidender – auch aus volkswirtschaftlicher Sicht – sei die Integration der Jungen in den Arbeitsmarkt, denn die „Folgekosten eines verpassten Starts“ seien groß und müssten erst wieder von der Gesamtgesellschaft getragen werden. Hilfe, die über reine Alimentierung hinausgeht, fordert Höppner schließlich auch für jene, die aus der Gesellschaft und ihren sozialen Zusammenhängen hinausfallen – der Autor spricht von einer „neuen Unterschicht“ in Deutschland, die bald auf 20 Prozent der Bevölkerung anwachsen und so auch zu einem Demokratieproblem werden könnte. Nötig seien Arbeitsplätze für weniger Qualifizierte, zum Teil so-

Facts Umverteilung von Arbeit

Einen zentralen Ansatz sieht Höppner in einer gerechteren Teilung von Arbeit, für die sich jedoch in den bisherigen Strukturen zwischen Staat, Arbeitgebern und Arbeitnehmern „keiner richtig zuständig“ fühle. Notwendig seien eine „Gewerkschaft für Arbeitslose“, eine neue Arbeitnehmerstrategie „Zeitgewinn statt Lohnzuwachs“, die finanzielle Begünstigung von Teilzeitstellen, die Ermöglichung von Auszeiten sowie der Abbau von Überstunden durch Arbeitszeitkonten, die Abschaffung der Zuschläge auf Überstunden sowie deren steuerliche Begünstigung. Derzeit werden in Deutschland – so eine die Dimensionen deutlich machende Zahl – jährlich 1.500 Millionen Überstunden geleistet, was etwa 530.000 Vollzeitarbeitsstellen entspricht. Höppner schlägt auch Jobsharingmodelle zwischen Jung und Alt vor; das „gesparte“ Arbeitslosengeld für die Jungen könnte den Rentenverlust der Älteren ausgleichen, ein konkretes Erprobungsfeld von Bund und Ländern sieht der Autor etwa bei LehrerInnen. (R. Höppner in 36, S. 43f.)

gar „geschützte Arbeitsplätze“, Finanzmittel für Trägereinrichtungen, die diese Begleitung anbieten können, sowie Förderungen für die Kinder dieser Familien. Höppner plädiert auch für die Einrichtung von „Bürgerarbeitsstellen“, die öffentliche Güter produzieren, die sonst wegen fehlender Mittel nicht bereitgestellt würden und staatlichen Transferleistungsempfängern sinnvolle Tätigkeiten ermöglichen (siehe auch den Report zu „Workfare“ weiter unten).

Ein bedenkenswerter Band, der an die Aufgabe der Politik als „Gestaltung von Rahmenbedingungen für das gute Leben“ erinnert. H. H.

Arbeitsmarkt: Reformen



37 *Mythen der Ökonomie. Anleitung zur geistigen Selbstverteidigung in Wirtschaftsfragen.* Hrsg. v. BEIGEWUM. Hamburg: VSA-Verl., 2005. 166 S., € 13,80 [D], 14,70 [A], sFr 24,30 ISBN 3-89965-119-7

Gestaltungsaufgaben der Politik jenseits neoliberaler Glaubenssätze und Mythen fordert auch dieser vom österr. Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen verfasste Band ein (vgl. dazu auch die Zeitschrift „Kurswechsel“, www.kurswechsel.at). Mythen sind für die VerfasserInnen „symbolisch aufgeladene Erzählungen mit zweifelhafter realer Grundlage“, sie geben sich den „Anstrich von Unschuld und Natürlichkeit und lenken die Aufmerksamkeit von den sozialen und historischen Ursachen und Bedingungen ihres Gegenstands ab.“ Sie appellieren gern „an den Hausverstand und lassen Phänomene unabänderlich und selbstverständlich erscheinen, die es gar nicht sind.“ (S. 7).

Insgesamt 29 Mythen zu Staat, Arbeit, Unternehmen und Sozialleistungen werden dargestellt – und widerlegt. So sei etwa „Staatsverschuldung“ nicht per se schlecht, sondern von wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wie Wirtschaftswachstum und Zinsniveau abhängig, sie bedeute aber immer eine „Umverteilung zu Kapitaleignern: Die Gläubiger des Staates erhalten Zinsen, die aus Steuerzahlungen finanziert werden.“ Zu fragen sei daher nach der Vermögensumverteilung. Aufgeräumt wird auch – zum Themenschwerpunkt dieser PZ passend – mit „Arbeitsmythen“ wie „Arbeit ist zu teuer“ („Lohnsenkungen erweisen sich für die Europäische Union als gefährliche Strategie. Sie führen zu einem Rückgang der Nachfra-

ge und einem Verlust an Arbeitsplätzen.“ S. 51) oder „Arbeitslosigkeit entsteht durch zu wenig Flexibilität am Arbeitsmarkt“: In Deutschland hat mittlerweile jede/r Dritte einen befristeten Arbeitsvertrag. 7 Millionen Menschen verlieren jährlich ihren Job, ebenso viele treten in einen neuen ein. D. h.: Der Arbeitsmarkt ist bereits sehr flexibel. Unternehmen seien auch bestrebt, Beschäftigte länger zu halten, da sich nur so betriebliche Ausbildungen rechnen und betriebsspezifisches Know-how gehalten werden könne. Zwei Drittel der Kündigungen in Deutschland gehen von den ArbeitnehmerInnen aus, was für die AutorInnen gegen das Argument vom zu starken Kündigungsschutz spricht. Auch die Annahme, Löhne würden nach Leistung gezahlt, wird von den ExpertInnen hinterfragt. Die Bewertung von Arbeit habe vielmehr viel mit „gesellschaftlichen Konventionen, Macht und Aushandlungsprozessen zu tun“. Zudem gäbe es hohe Einkommen aus Vermögen wie Miete, Zins- und Aktienerträgen, „bei denen es äußerst schwer fällt, ihr Aufkommen mit Leistung zu begründen“ (S. 64). Verneint wird auch der Automatismus, dass sich hohe Unternehmensgewinne positiv auf die Wirtschaft auswirkten und Arbeitsplätze schaffen („Geht´s der Wirtschaft gut, geht´s uns allen gut.“) Vielmehr könne Umverteilung zu ärmeren Bevölkerungsgruppen das Wachstum erhöhen, „weil diese dadurch zu Kaufkraft gelangen, die dem Wirtschaftskreislauf zugute kommt, und weil damit die gesellschaftlichen Kosten durch Kriminalität, auf die eine verarmte Unterklasse verwiesen sein könnte, gesenkt werden“ (S. 84). „Ökonomische Argumente können zur Panikmache, Rechtfertigung von Diskriminierung und zur Verbreitung von Ohnmachtgefühlen eingesetzt werden“, so die VerfasserInnen, oder aber dazu, „die Gesellschaft besser zu verstehen, sich kritisch mit ihr auseinander zu setzen und sie zu verändern“. Der vorliegende Band leistet einen ausgezeichneten Beitrag zu Letzterem. H. H.

Wirtschaftspolitik: Arbeit

38 *Bosch, Gerhard: Das deutsche Beschäftigungsmodell zwischen Dekommodifizierung und Vermarktlichung.* In: *In Arbeit: Zukunft.* Hrsg. v. I. K. Scherf u. a. Münster: Westfäl. Dampfboot, 2006. (s. PZ 2006/1, Nr. 31).

Der an der Universität Duisberg lehrende Soziologe Gerhard Bosch plädiert für eine Dienstleistungsgesellschaft, die nach dem Ende des männlichen Alleinernährermodells versorgende Tätigkeiten verstärkt über den Markt anbietet. Deutschland hinke hier anderen Staaten wie den USA,

„Automatisierung und Abwanderung von Arbeitsplätzen werden auch weiterhin das Arbeitsvolumen in Deutschland verringern. Dagegen ist kein Kraut gewachsen.

Langfristig sind alle Subventionen, die zu diesem Zwecke ausgereicht werden, in den Sand gesetzt.“ (R. Höppner in **36**, S. 61)

„Wer sich den Ankauf von staatlichen Schuldpapieren leisten kann, könnte eigentlich genauso gut mehr Steuern zahlen und damit die Budgetlücke decken.“

(Beigewum in **37**, S. 17)

„Die Gemeinsamkeit von sozialen Dienstleistungen ist, dass sie alle auf die Herausbildung, Weiterentwicklung und Pflege des in der heutigen Wissensgesellschaft immer wichtiger werdenden Humankapitals zielen.“
(G. Bosch in 38, S. 93)

den Niederlanden, Großbritannien und den skandinavischen Ländern hinterher, die eine etwa 10 Prozent höhere Beschäftigungsquote im Dienstleistungsbereich aufweisen. Das Wachstum des Dienstleistungssektors hängt für ihn zusammen mit steigenden Einkommen, mit der Beschäftigungsintensität des tertiären Sektors, der durch Produktivitätszuwächse im Industriesektor ermöglicht wird und schließlich mit den öffentlichen Ausgaben für Soziales, die in direkter Korrelation zum Arbeitsvolumen bei gesellschaftsorientierten / sozialen Diensten stehen. Dass in Deutschland die Nichterwerbstätigkeit von Frauen mit „Milliardenbeträgen“ subventioniert werde (Ehegattensplitting, abgeleitete Kranken- und Rentenversicherung, höheres Arbeitslosengeld für Verheiratete), bremse den Ausbau und die Qualitätsverbesserung vieler Dienstleistungen, etwa in der Vorschulerziehung. Neben sozial abgesicherten Unterbrechungen und temporären Arbeitszeitverkürzungen für Eltern- und Bildungszeiten seien entlastende Dienste für Haushalte unumgänglich, um die Erwerbstätigkeit beider Partner zu ermöglichen. Ein offener Zugang zu sozialen Diensten sei in zweifacher Hinsicht beschäftigungswirksam: „Erstens kann sich die durch unzureichende Kaufkraft bestimmter Schichten ansonsten begrenzte Nachfrage nach diesen Dienstleistungen entwickeln und zweitens erhöhen die damit verbundenen Investitionen in das Humankapital langfristig auch die Produktivität in der Wirtschaft insgesamt.“ (S. 100) H. H.

Arbeit: Dienstleistungsgesellschaft

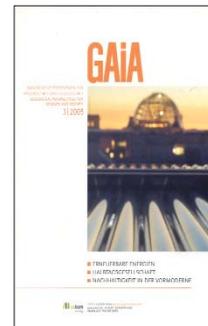


39 Heuwinkel, Ludwig:
Umgang mit der Beschleunigungsgesellschaft. Schwalbach: Wochenschau-Verl., 2006. 317 S., € 23,50 [D], 25,10 [A], sFr 41,30 ISBN 3-89974149-8

Neben der Erhaltung des Arbeitsplatzes und des Erreichens eines als gerecht empfundenen Lohnes gewinnt das Bedürfnis nach mehr Zeitsouveränität als drittes Ziel von ArbeitnehmerInnenpolitik an Bedeutung (vgl. etwa PZ 2006/1, Nr.32). Der Soziologe Ludwig Heuwinkel widmet in seinem (Materialien-)Band über den Umgang mit der Beschleunigungsgesellschaft ein Kapitel der Gestaltung betrieblicher Arbeitszeiten, das u. a. internationale Vergleiche von Arbeitszeiten, Erfahrungen mit neuen Arbeitszeitmodellen so-

wie mit der so genannten „Vertrauensarbeitszeit“ enthält. Dem verstärkten Druck auf Belegschaften, verschlechterte Arbeitsbedingungen in Kauf zu nehmen, um ihre Jobs zu behalten, sowie den Forderungen nach erneuter Arbeitszeitverlängerung („Ferienparadies Deutschland“) stellt der Autor Modelle bewusster Arbeitszeitverkürzung gegenüber. Etwa den Vorschlag des Sozialexperten Konrad Stopp für eine Regelarbeitszeit von 30 Wochenstunden, die kostenneutral für Unternehmen wie ArbeitnehmerInnen gestaltet werden soll. Arbeitgeber, die sich auf die 30-Stunden-Woche einlassen und damit neue Arbeitsplätze schaffen, entlasten die Arbeitslosenversicherung und sollten deshalb mit geringeren Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung „belohnt“ werden. Der Ausgleich für ArbeitnehmerInnen würde über eine Staffelung der Lohnsteuern erfolgen: Ein Arbeitnehmer, der sich für eine kürzere Arbeitszeit entscheidet, sollte weniger Steuern an das Finanzamt abführen als derjenige, der sich der Arbeitszeitverkürzung verweigert (Vgl. auch: Konrad Stopp: Die 30-Stunden-Woche als Regelarbeitszeit im „atmenden“ Arbeitsmarkt. In: Gewerkschaftliche Monatshefte 10/2004.). H. H.

Arbeitszeitverkürzung



40 Schaffer, Axel; Stahmer, Carsten: **Halbtagsgesellschaft.** Ein Konzept für nachhaltigere Produktions- und Konsummuster. In: Gaia 3/2005. S. 229-239

Die Halbierung der Erwerbsarbeitszeit habe systemisch gesehen mehrere Vorteile, so die Autoren dieser Studie: Beschäftigungschancen für alle, Zeit für soziale und familiäre Tätigkeiten, Verringerung des Umweltverbrauchs, so die Ausgangsthese dieser Studie. Um nachhaltigere Konsummuster zu entwickeln, seien neben den produzierten bzw. konsumierten Gütern auch gesellschaftliche Verhaltensmuster zu berücksichtigen. Das Tätigkeitsspektrum zur Erfüllung gesellschaftlicher Aufgaben umfasse Erwerbsarbeit, Hausarbeit, Aus- und Weiterbildung, Sozialengagement, ergänzt um Freizeit- und Regenerationsphasen. Nicht alle Aktivitäten sind monetär erfassbar, alle Aktivitäten erfordern jedoch Zeit. Die Autoren erstellen daher Zeitbilanzen für diese Tätigkeiten und sie rekonstruieren die Zeitflüsse zwischen den Generationen. Die knappen öffentlichen

Haushalte schränken – so die zweite These – die Spielräume für aktive Sozialpolitik ein. Nachhaltige Produktions- und Konsummuster müssen daher auch Probleme wie Arbeitslosigkeit, Überalterung der Bevölkerung und damit verbundene Belastungen von Gesundheits- und Rentenkassen in den Blick nehmen. Und Arbeitslosigkeit lasse sich, drittens, nicht mehr allein durch Wirtschaftswachstum abbauen. Eine Schlüsselfunktion komme daher der Neuverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zu.

Die von den Autoren vorgeschlagene „Halbtagsgesellschaft“ bedeutet eine Umverteilung bezahlter Arbeit, verbunden mit einer reduzierten individuellen (Jahres)Arbeitszeit und einer Aufwertung und Neuverteilung der informellen Arbeit, also der nicht monetär abgelohten sozialen Aufgaben (z. B. adäquate Betreuung älterer Menschen). Die Halbtagsgesellschaft verändert in diesem Sinne die gesellschaftliche Aufgabenteilung zwischen Männern und Frauen ebenso wie zwischen Jüngeren und Älteren. Eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird für alle möglich. Die damit einhergehenden Produktions- und Konsummuster – Verringerung der Konsumausgaben und der Arbeitswege aufgrund niedrigerer Einkommen und reduzierter Arbeitstage – weisen in Richtung Nachhaltigkeit und erleichtern die Reduktion der im Kyoto-Ziele.

Als notwendige Rahmenbedingungen sehen die Autoren eine Steigerung des Qualifikationsniveaus der Bevölkerung sowie die (verpflichtende) Übernahme sozialer Aufgaben durch alle, da einerseits der Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften steigt, wenn die Arbeit auf mehr Menschen verteilt wird, andererseits bei sinkenden Einkommen auch die Steuereinnahmen sinken, daher nicht alle sozialen Aufgaben über den Staat finanziert werden können. Anreize zum Verzicht auf eine Vollerwerbsstelle werden u. a. gesehen in der Abgeltung von Produktivitätszuwächsen vermehrt durch Zeit (Arbeitszeitverkürzung), der Einführung einer Zeitwährung für soziale Aufgaben (Zeitungsschriften), der Aufstockung der staatlichen Zuwendungen für Kinder durch eine „Sozialabgabe“ für die Vollarbeitskräfte sowie im gesellschaftlichen Wertewandel.

In einer Modellrechnung („Szenario Sozial 50“) wird die jährliche Erwerbsarbeitszeit von derzeit durchschnittlich 1600 auf 1000 Stunden reduziert, das dadurch frei werdende Zeitpotential für die BRD mit 5,5 Milliarden Stunden beziffert. Davon sollen für die Bildungsoffensive ca. 2,1 Mrd. Stunden aufgewendet werden, für soziale Aktivitäten blieben noch 3,4 Mrd. Stunden (Zunahme

um 25 Prozent). Um eine Steigerung der sozialen Aktivitäten um 50 Prozent zu erreichen, müsste auch ein Teil der für persönliche Aktivitäten verfügbaren Zeit „abgegeben“ werden. Konsequenz des Modells: Durch die veränderten Aktivitätsmuster würden sich die CO₂-Emissionen für alle Altersgruppen verringern. Das Modell wäre eine Alternative zur Voll-Dienstleistungsgesellschaft, in der alle Sozialaufgaben monetarisiert durch Zuwächse im produktiven Sektor finanziert werden [müssen]. H. H.

Arbeitszeitverkürzung



41 Siemers, Barbara:
Sabbaticals – Optionen der Lebensgestaltung jenseits des Berufsalltags.
Frankfurt/M. (u. a.): P. Lang,
2005. 322 S.,
€ 56,50 [D], 60,45 [A],
sFr 99,50
ISBN 3-631-53515-5

„Aussteigertum, Unabhängigkeit und Abenteuer weit weg von Alltagsgrau, Mut zum Risiko einerseits und Erfolg durch das Beschreiten eigenwilliger Wege andererseits – vieles schwingt mit im Mythos Sabbatical.“ So die Autorin über dieses innovative Arbeitszeitmodell. Als Gründe für die „Suchbewegungen nach neuen Balancen und Arrangements“ in den modernen (Erwerbs-)Biografien nennt Barbara Siemers, der Überbeanspruchung und Überforderung einer zunehmend leistungsorientierten Gesellschaftsentwicklung zu begegnen sowie eigene individuelle Lebensentwürfe zu verwirklichen. Zwei Themenbereiche behandelt sie in der vorliegenden Arbeit. Der erste bezieht sich auf die Unternehmen: Wie sind Sabbaticalmodelle auf betrieblicher Ebene verankert? Welche Intentionen bringen Unternehmen dazu, solche Auszeitsysteme zu ermöglichen? Welche Nutzungserfahrungen liegen dabei vor? Der zweite Aspekt thematisiert die Motive und Erfahrungen jener, die Sabbaticals in Anspruch nehmen. Die Zahl der Betriebe, die Auszeitmodelle ermöglichen, ist noch dünn gesät: In Deutschland wird ihr Anteil mit 2,6 Prozent beziffert, er steigt auf 3,3 Prozent, wenn man Arbeitszeitverteilungen mit längeren Freistellungsphasen dazurechnet. Doch das Erkenntnisinteresse der Autorin lag vor allem in der qualitativen Erfassung der Regelungen und Erfahrungen mit diesem Modell. Auf betrieblicher Ebene unterscheidet sie bezahlte Varianten – Auszeiten nach Ansparmodellen, Sonderformen von Teilzeit oder Umwandlung von tarif-

„Es geht darum, die Freiheitsgrade der Lebensgestaltung der Einzelnen zu erhöhen und so eine Vielfalt von gelingenden Entwürfen für frei verfügbare Zeit, sei es für persönliche oder berufliche Vorhaben, für individuelle oder gemeinnützige, alltagspraktische oder Aktivitäten von besonderem Charakter, für die Erfüllung außerberuflicher Anforderung oder Muße zu ermöglichen.“
(B. Siemers in **41**, S. 298)

Beispiele Modelle von Sabbatical-Regelungen

Öffentlicher Dienst Bremen: seit 1995 möglich; einjährige Freistellung nach Ansparmodell; wegen Einsparungszielen nach Möglichkeit keine Stellvertretung; Rückkehrrecht auf Arbeitsplatz der gleichen Dienststelle.

Öffentlicher Dienst Hamburg: seit 1997 möglich; Freistellung für mindestens ein Jahr (maximal 4 Jahre) nach Ansparmodell (vom 2-Jahresmodell, d. h. halbe Vergütung ermöglicht Freistellung im nächsten Jahr, bis zum 7-Jahresmodell, d. h. 6/7 Vergütung); Ersatz bzw. befristete Neueinstellung intendiert; Risiko der Versetzung nach Rückkehr nicht ausgeschlossen.

Freizeitblock in einem Automobilunternehmen: 1994 per Betriebsvereinbarung eingeführt; mindesten 1 Monate bis max. 6 Monate; Umwandlung von Sonderzahlungsansprüchen, teilweise Vorfinanzierung des Sabbaticals möglich; Kombination mit anderen Möglichkeiten wie Urlaub, Gleitzeit möglich; Rückkehr ohne besondere Regelungen.

Langzeiturlaub in einem Energieunternehmen: 1997 per Betriebsvereinbarung eingeführt; mind. 1 bis max. 5 Jahre als unbezahlter Sonderurlaub, dabei nur einmalige Unterbrechung der Berufstätigkeit möglich; Anbindung etwa an Erziehungszeiten möglich; keine externe Stellvertretung; Rückkehr grundsätzlich innerhalb der früheren Abteilung; bei (vorzeitiger) Rückkehr Vorrang vor externen Bewerbern.

(aus B. Siemers in [41](#))

„Insofern stehen Sabbaticals für eine Suche nach neuen Balancen und sind gleichermaßen Ausdruck für die bestehenden Dissonanzen zwischen Arbeits- und Lebenswelt.“
(B. Siemers in [41](#), S. 9)

lichen Zusatz- oder Sonderleistungen in Zeitfreistellungen – von unbezahlten, die auch nicht mehr der Sozialversicherungspflicht durch den Arbeitgeber unterliegen.

Die Motive von Unternehmen liegen v. a. im Versuch, Personalkosten einzusparen. Auch beschäftigungspolitische Aspekte können eine Rolle spielen. In manchen Fällen soll der Abwanderung wertvoller Fachkräfte entgegengewirkt werden, etwa wenn diesen längere Fortbildungszeiten gewährt werden. Insgesamt vergleicht Siemers fünf Modelle: Zwei klassische Sabbaticals im öffentlichen Dienst von Bremen und Hamburg, einen „Freizeitblock“ und eine „Wiedereinstellzusage“ zweier Automobilunternehmen sowie ein „Langzeiturlaubsmodell“ eines Energieunternehmens (s. Kasten).

Hinsichtlich der Motive derer, die Auszeitmodelle in Anspruch nehmen, kam die Autorin in ihren Tiefeninterviews auf fünf Typen: Sabbatical zur Regeneration, für Familienaufgaben, zur beruflichen Weiterbildung, zur Neuorientierung sowie schließlich Auszeiten für „eigene Projekte“.

Siemers gibt einen ausgezeichneten und umfassenden Einblick in dieses innovative Arbeitszeitmodell, zugleich unterbreitet sie im Schlusskapitel Vorschläge zur Verbesserung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für neue Arbeitszeitmodelle. *H. H.*

Sabbatical



42 Lokale Beschäftigungsbündnisse. Europäische Perspektiven in Forschung und Praxis. Hrsg. v. Petra Kodré ... Berlin: Edition Sigma, 2005. 202 S., € 14,90 [D], 15,90 [A], sFr 26,10
ISBN 3-89404-989-8

Territoriale Beschäftigungspakte werden von der EU als ein wesentliches Instrument der Arbeitsmarktpolitik gesehen und von dieser gefördert. Im vorliegenden Band werden Erfahrungen damit in Europa, insbesondere den Ländern Deutschland, Niederlande und Österreich reflektiert. Als Chancen werden dabei genannt: die Mobilisierung selbstregulativer Steuerungspotenziale bzw. die Verringerung von Steuerungsdefiziten, die Potenziale der gemeinsamen Generierung von Wissen, die Herstellung von Erwartungssicherheit aller Beteiligten sowie der Aufbau von Kooperationsstrukturen, die der institutionellen Fragmentierung entgegen wirken und soziales Kapital entwickeln. Die Einbindung privater, verbandlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure in die Formulierung und Umsetzung politischer Entscheidungen könnte auch die „Verpflichtung“ dieser Akteure durch deren Identifikation mit den Ergebnissen fördern. *H. H.*

Arbeitsmarktpolitik



43 Koch, Susanne; Stephan, Gesine; Walwei, Ulrich: Workfare: Möglichkeiten und Grenzen. In: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung. Themenheft Arbeitsmarktinstitutionen und Beschäftigung. 38. Jg. (2+3/2005) S. 419 - 440.

Workfare bedeutet, den Bezug von Transferleistungen generell an eine „Gegenleistung“ des Empfängers zu koppeln. Die Überlegung dahinter: Die Zahlung von Transferleistungen könnte dazu führen, dass Personen nicht bereit sind, zu einem Marktlohn zu arbeiten. Oder abstrakter formuliert: „Der Gesamtnutzen aus Transferleistung und Freizeit könnte den Nutzen aus dem Marktlohn abzüglich des ‚Arbeitsleides‘ übersteigen.“ (S. 420) Neben der Selektionsfunktion (Unterstützung sollten nur jene erhalten, die ihrer wirklich bedürfen) werden der Anreizeffekt, Arbeit aufzunehmen, der

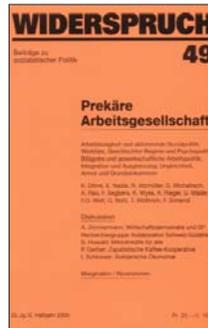
„Humankapitalerhaltungseffekt“ sowie der volkswirtschaftliche Nutzen für Workfare ins Treffen geführt.

Der Beitrag schildert zunächst Erfahrungen mit Workfare in den Niederlanden (das „Welfare-to-work-System“ zielt primär auf junge oder langzeitarbeitslose Transferempfänger und hat seit 1996 an die 120.000 „Jobs“ vor allem in Non-profit-Organisationen geschaffen), in Dänemark (spätestens nach 12 Monaten Arbeitslosigkeitsdauer, bei Personen unter 30 Jahren bereits nach 13 Wochen, sollen durch die „aktive Sozialpolitik“ alle unversicherten Arbeitslosen in Maßnahmen integriert werden), in Großbritannien (Arbeitgeber, die einen Langzeitarbeitslosen für mindestens 30 Wochenstunden einstellen, erhalten eine Subvention von wöchentlich bis zu 75 Pfund) sowie den USA (Das Programm „Temporary Assistance for Needy Families“ von 1997 begrenzte frühere, weitergehende Programme wie eine negative Einkommensteuer auf das Recht des Einzelnen auf Hilfe für mindestens fünf Jahre, und knüpfte dieses an die Bereitschaft zur Übernahme von Arbeit).

Erste Elemente von Workfare macht das Autorenteam nun auch in Deutschland aus. Im Ende 2004 in Kraft getretenen Bundeshilfesozialgesetz heißt es, dass „jeder Hilfesuchende seine Arbeitskraft zur Beschaffung des Lebensunterhaltes für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen einsetzen [muss]“; „Hilfesuchende, die keine Arbeit finden können, sind zur Annahme einer zumutbaren Arbeitsgelegenheit verpflichtet.“

In der Analyse der Programme sind die ExpertInnen jedoch vorsichtig. In einer Untersuchung zur Lebenszufriedenheit haben sie herausgefunden, dass Menschen mit niedrigem Einkommen zufriedener sind, wenn sie über einen Arbeitsplatz verfügen, die Freizeitpräferenz gegenüber einer Arbeitsaufnahme in den Hintergrund tritt. Workfare könne daher Sinn machen als Integrationshilfe, weniger als Anreiz bzw. Bestrafungsmittel. Arbeitsmarktpolitisch seien auch die Substitutionseffekte von Workfare-Arbeitsplätzen zu bedenken, wie ein groß angelegtes Beschäftigungsprogramm für Sozialhilfeempfänger der Stadt Leipzig gezeigt habe, so die Autoren. Notwendig ist also ein umfassender beschäftigungspolitischer Ansatz, der mit Blick auf wettbewerbsschwächere Arbeitnehmer die Rahmenbedingungen für Niedriglohnbeschäftigung (Senkung der Steuern und Abgaben für Geringverdiener) nachhaltig verbessert. *H. H.*

Arbeitsmarktpolitik: aktive



44 Prekäre Arbeitsgesellschaft. Schwerpunktthema in: *Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik.* Nr. 49. 25. Jg. (2005/2). € 16,- [D], 16,50 [A], sFr 25,- www.widerspruch.ch.

Von der Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse über den „neuen Zwang zur Arbeit“ (etwa über Workfare) bis hin zur politischen Umsetzung eines Grundeinkommens (etwa Einsatz der Gewerkschaften dafür) reichen die Themen dieser Ausgabe der kritischen Halbjahresschrift aus der Schweiz. Der Arbeits- und Wirtschaftswissenschaftler *Klaus Dörre* konstatiert in Anlehnung an Robert Castel („Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat.“ Hamburg 2005) eine „Rückkehr der Unsicherheit“ in die reichen Gesellschaften des Westens und skizziert drei sich herausbildende, gesellschaftliche Zonen entlang der Lohnarbeit mit insgesamt 9 Typen von Betroffenen. Die „Zone der Integrierten“ umfasst die „Gesicherten“ (sichere Jobs), die „Selbstmanager“ (neue Selbständige), die „Verunsicherten“ sowie die „Abstiegsbedrohten“. Die „Zone des Prekariats“ wird unterteilt in die „Hoffenden“ (Wieder-Aufstieg in reguläre Arbeitsverhältnisse), die „Realistischen“ (prekäre Beschäftigung wird als Dauerstatus akzeptiert) sowie die „Zufriedenen“ (entschärfte Prekarität, z. B. Zuverdienerinnen). Die „Zone der Entkopplung“ schließlich wird unterteilt in die „Veränderungswilligen“ (hoffen auf erneuten Einstieg in Arbeitsverhältnisse) sowie die „Abgehängten“ (ohne Chance auf Reintegration; Dörre spricht hier von „kontrollierter Ausgrenzung“). Da prekäre Arbeitsverhältnisse nicht nur die Planbarkeit der Zukunft verringern, sondern auch „disziplinierende Wirkung“ auf den Arbeitsmärkten entfalten, plädiert der Autor für eine „Politik der Entprekarisierung“ in vier Schritten: 1. Eine „offensive Beteiligungspolitik“ der Gewerkschaften, die auf Qualitätsarbeitsplätze setzt (Beispiel „Besser-statt-billiger-Kampagne“ der IG-Metall, Projekt „Gute Arbeit“); 2. die Einführung eines branchenübergreifenden gesetzlichen Mindestlohns; 3. die Selbstorganisation der „vermeintlich Unorganisierbaren“ und 4. die Schaffung eines neuen „gesellschaftlichen Aktivitätsstatus“ jenseits der Erwerbsarbeit, der jeder Person, die eine gewisse Zeit lang erwerbstätig war, die Wahlmöglichkeit einer „frei gewählten Betätigung“ eröffnen sollte. Dörre zieht diesen

„Nur wer für Lohn arbeitet, wird als Wertschöpfungsfaktor in die volkswirtschaftliche Leistungsbilanz einbezogen, erhält Zugang zu beruflicher Weiterbildung, lässt sich in die gesellschaftliche Macht- und Prestigehierarchie einordnen.“ (Editorial in **44**, S. 3)

„Zukunftsmodelle, die ihren Namen verdienen, müssen im Ansatz das Ziel haben, die begrenzt vorhandene sinnvolle existenzsichernde bezahlte Arbeit und die im Überfluss vorhandene unbezahlte Arbeit auf mehr Menschen und auf Menschen beiderlei Geschlechts zu verteilen.“ (G. Notz in **44**, S. 123)

Facts

Arbeit und Solidarität in der Weltgesellschaft

Die Global Employment Trends 2005 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) nennen 380 Millionen Menschen weltweit als arbeitslos (www.ilo.org/public/english/employment/strat/strat-prod.htm). Jedoch mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung im Erwerbsalter hat derzeit überhaupt keinen Zugang zu regulären Arbeitsverhältnissen. Diese Menschen leben in informellen oder selbstversorgenden Verhältnissen, werden daher von der „Weltarbeitslosenstatistik“ gar nicht erfasst. Das Heft 2006/1 der „WSI-Mitteilungen“, der Monatszeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung (www.wsi.mitteilungen.de), ist dem Thema „Weltmarkt und Gewerkschaftsarbeit“ gewidmet. Werner Sengenberger erinnert daran, dass in den letzten fünfzehn Jahren der Anteil der ärmsten Länder am Weltsozialprodukt von 4,5 Prozent auf 2 Prozent, der Länder mit mittlerem Einkommen von 17,5 Prozent auf 11,5 Prozent gesunken ist. Die reichen Staaten hingegen konnten ihren Anteil am Welteinkommen von knapp drei Viertel auf vier Fünftel ausbauen, trotz rückläufiger Bevölkerung. Interessantes Detail: Jene nachholenden Staaten mit den größten Wachstumsraten – wie China, Republik Korea, Vietnam, Malaysia und Indien – haben sich gerade nicht am Dogma rascher und umfassender Marktliberalisierung und Privatisierung orientiert, sondern sehr wohl Schutzmechanismen für die eigenen Volkswirtschaften aufgebaut. Der Autor sieht in diesen Ländern auch große Chancen gewerkschaftlicher Organisation. Ersten Erfahrungen mit „Weltbetriebsräten“ in global operierenden Konzernen, transnationaler Gewerkschaftsarbeit etwa im Bereich der Hafearbeiter sowie die Rolle von neuen NGOs wie die Clean Clothes Campaign in der Etablierung arbeitsrechtlicher Standards in der in Billiglohnländer ausgewanderten Textil- und Bekleidungsindustrie sind weitere Beiträge des Heftes gewidmet. Als Erfolgsbeispiel für die Durchsetzung weltweit fairer Arbeitsbedingungen gilt der „Faire Handel“, der den Produzenten von (landwirtschaftlichen) Produkten aus Ländern des Südens Preise über dem Welthandelsniveau zahlt (s. Nr. 46).

„Was das Leben nährt, ist vornehmlich materieller, geistiger und emotionaler Natur. Das Monetäre erzielt das höchstens auf einem Umweg.“
(F. Schandl in 44, S. 139)

derzeit in Frankreich diskutierten Weg einem bedingungslosen Grundeinkommen vor, da dieser eine Spaltung der Gesellschaft in „Produktive“ und „vermeintlich Unproduktive“ verhindere. Zum Grundeinkommen findet man/frau auch weitere kontroverse Beiträge: Gisela Notz befürchtet die Zementierung von Ungleichheit v. a. für Frauen durch ein Grundeinkommen; Therese Wüthrich plädiert für eine offene Debatte darüber in den Gewerkschaften; Franz Schandl von der Streifzüge-Redaktion sieht zwar die Chancen des Grundeinkommens, warnt aber vor einem „Weitertreiben der In-Preis-Setzung aller Kommunikationsfelder“; man könnte – so sein Vorschlag – die Versorgung der Menschen auch anders angehen, „indem man etwa die kostenlose Nutzung vorhandener Infrastruktur in den Mittelpunkt stellt.“ Bäder, Bibliotheken, Spitäler, U-Bahnen, Bildung, Theater, Konzerte, aber auch Grundnahrungsmittel (Warum nicht auch Woh-

nen?) wären dann gratis. [Zum Grundeinkommen siehe die nachfolgenden Rezensionen.] H. H. Zu den Vor- und Nachteilen individualisierter Arbeitsformen v. a. aus Genderperspektive siehe auch:

45 Subjektivierung von Arbeit. Riskante Chancen. Hrsg. v. Karin Lohr ... Münster: Westfäl. Dampfboot, 2005. 242 S. (Forum Frauenforschung; 18) ISBN 3-89691-218-6

Arbeit: Prekarisierung



46 Krier, Jean Marie: Fair Trade in Europa 2005. Facts and Figures on Fair Trade in 25 European countries. Brüssel: Fair Trade Advocacy Office, 2005. 86 S.

Die vom Entwicklungsexperten Jean-Marie Krier (www.fairfutures.at) herausgegebene Studie „Fair Trade in Europe 2005“ wartet mit aufschlussreichen Zahlen auf: Die Verkäufe von Fair Trade-Produkten ist europaweit seit 2000 im Schnitt um rund 20 Prozent jährlich gewachsen. Der Gesamtumsatz hat sich seither auf 660 Mio. EUR verdoppelt. Fair Trade-Produkte finden sich mittlerweile in über 55.000 Supermärkten in ganz Europa. Ein wichtiges Standbein sind aber weiterhin die mehr als 2.800 Weltläden mit rund 100.000 ehrenamtlichen MitarbeiterInnen. Einige Länder gelten als Vorreiter: So tragen in der Schweiz 47 Prozent aller verkauften Bananen, 28 Prozent aller Blumen und 9 Prozent des Zuckers das Fair Trade-Gütesiegel. Und in Großbritannien beträgt der Marktanteil fair gehandelten, gemahlten Röstkaffees bereits 20 Prozent. Das in englischer Sprache erschienene Handbuch informiert über allgemeine Trends sowie über die Situation in 25 europäischen Ländern. H. H. **Fair Trade**



47 Schwinger, Elke: Der „Geist des Kapitalismus“ und die Zukunft der Arbeitsgesellschaft. Würzburg: Königshausen & Neumann, 2005. 204 S., € 29,80 [D], 30,70 [A], sFr 52,20 ISBN 3-8260-3028-1

Längst gibt es eine Vielzahl von Ansätzen und Diskussionsbeiträgen zum Phänomen der unbezahl-

ten Freiwilligenarbeit (vgl. dazu JBZ-Studie). Bisher war der so genannte Haushalt als Privatsphäre aus dem ökonomischen und politischen Denken ausgeblendet. In Zeiten anhaltender Massenarbeitslosigkeit, Billigjobs und der bekannten Problematik der Pensionsversicherung kommt der Eigenarbeit v. a. in der Familie eine tragende Rolle zu. Zumindest konstatiert das die Politikwissenschaftlerin Elke Schwinger in ihrer Reflexion auf die Zukunft der Arbeitsgesellschaft. Sie hält deshalb nichts von der These vieler Studien, dass sich mit dem quantitativen Rückgang herkömmlicher Erwerbsarbeit quasi-automatisch auch ein qualitativer Bedeutungsverlust von Arbeit im politischen und sozialen System verbindet.

Die Anerkennung von Fürsorglichkeit als Handlungsorientierung des Gemeinsinns und die Erkenntnis des ökonomischen Beitrags von Familien- und Fürsorgearbeit setzt für die Autorin einen Begriff von Ökonomie voraus, „der über den Gegenstandsbereich der modernen Wirtschaftswissenschaften hinausweist“. (S. 148) Für Schwinger erweist sich sowohl der Modellcharakter des homo oeconomicus als auch der Humankapital-Ansatz für die anstehenden Fragen als grobe Unterschätzung menschlicher Handlungskompetenzen jenseits kalkulierender Vernunft. Es wird dabei nicht einer Bestimmung des „richtigen“ Lebens und der richtigen sozialen Ordnung für alle das Wort geredet, sondern vielmehr um die notwendige Anerkennung bereits realisierter Lebensformen und Handlungsorientierungen gewonnen, denn „Familien- und Fürsorgearbeit erwächst unter dieser Voraussetzung der Vielfalt von Familienformen zum Sozialkapital, das ungeachtet des Alters und des Geschlechts der Akteure selbstverantwortlich realisiert wird“ (S. 150).

Beklagt werden die Rahmenbedingungen der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in der Familie sowie die mangelnde Anerkennung der kulturellen sowie ökonomischen Bedeutung von Familienarbeit in den westeuropäischen Gesellschaften. Und es ist nicht zu bestreiten, dass familiäre Fürsorge und eigenverantwortliche Hilfeleistung heute noch vorwiegend von Frauen – als im so genannten Privaten verborgene Arbeit – geleistet wird.

Im außerfamiliären Bereich hängt die Verteilung des Sozialkapitals (laut Freiwilligensurvey 2002) ganz maßgeblich von der zunehmend ungleichen Verteilung materieller Ressourcen (Vermögen, Einkommen, Bildung) ab: Bei den ehrenamtlichen Tätigkeiten sind demnach weder die Arbeitslosen noch die dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehenden führend, sondern v. a. gut ver-

dienende Vollzeitbeschäftigte oder Selbständige, die sich jenseits der Erwerbsarbeit engagieren. (vgl. S. 151) Das Resümee der Autorin zur Zukunft der Arbeitsgesellschaft im Licht von Ungleichheit und Anerkennung fordert im Sinne der Bürgergesellschaft einen staatlichen Rahmen, denn eine Bürgergesellschaft ohne Staat (auch im Sinne der Grundsicherung) ist nicht ernsthaft denkbar. Notwendig ist auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Mit ein Grund, warum sich in Deutschland „das Ideal der freiwilligen Kinderlosigkeit ausgebreitet“ hat (zit. nach Stat. Bundesamt, Wiesbaden 2005). Möglichkeiten sieht die Autorin in der Teilzeitarbeit, wobei hier sowohl Staat, Markt als auch Gesellschaft gefordert sind, Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Darüber hinaus versucht Elke Schwinger, jenseits idealtypischer Vorstellungen, die Bedingungen für eine angemessene kulturelle Bedeutung von Fürsorglichkeit auszuloten. Ein differenzierter Blick auf das Individuum kennt den Einzelnen als Mitglied von Gesellschaft und Familie in verschiedenen Lebensphasen zwischen Abhängigkeit und Autonomie. Dieser Ansatz zivilgesellschaftlichen Diskurses, der in den Bedingungen unseres menschlichen Daseins der gegenseitigen Hilfsbedürftigkeit fußt, findet für sie die Begründung im Gebot der Reziprozität (Gegenseitigkeit) von fürsorglicher Hilfestellung als auch in der so genannten Interdependenz-Ethik. Interdependenz verlangt Aufmerksamkeit für menschliche Schwäche und Sterblichkeit. Schließlich kann die Erfahrung der Angewiesenheit auf die Hilfe und Fürsorge der Mitmenschen zum Anstoß für gemeinsinnorientiertes Engagement werden. A. A.

Eigenarbeit

„Es bedarf der Grundsicherung der materiellen Lebensumstände und fall-spezifisch der individuellen Förderung, um alle Bürger in zivilgesellschaftliche Zusammenhänge und in die Welt der bezahlten Berufsarbeit zu integrieren.“
(E. Schwinger in 47, S. 153)



48 Engler, Wolfgang:
Bürger, ohne Arbeit. Für eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft. Berlin: Aufbau-Verl., 2005. 416 S., € 19,90 [D], 20,50 [A], sFr 34,80
ISBN 3-351-02590-4

„Arbeit“, als kulturelles Phänomen verstanden, prägt unser Selbstverständnis, ist Voraussetzung intakten Selbstwertgefühls und sozialer Anerkennung. Daher ist es nicht überraschend, dass auch heute, da das Ende der Arbeitsgesellschaft sich immer klarer abzeichnet, „die Einheit von Arbeit und Leben, von Sein und Tun für jede und jeden die Forderung der Gegenwart“ bleibt, (S. 19), der sich

Facts

Grundeinkommen ist finanzierbar

Was kostet das Grundeinkommen und wie sollte es finanziert werden? Aufgrund unterschiedlicher Vorstellungen über dessen Höhe und den Kreis der Bezieher gibt es diesbezüglich meist vage Angaben. Ein Grundeinkommen für alle ÖsterreicherInnen, so diverse Berechnungen des „Netzwerks Grundeinkommen und sozialer Zusammenhalt“ (www.grundeinkommen.at) gehen von 900 Mio. € bis hin zu 10 bis 20 Prozent des Budgets aus. Eine Berechnung von Attac Österreich (aus dem Jahr 2001) veranschlagt 97 Mrd. € die durch nachfolgende Einsparungseffekte und Steuern aufzubringen wären:

| | |
|---|-------------|
| ASVG-Pensionen | 20,0 |
| Beamtenpensionen | 5,9 |
| Arbeitsmarktpolitik (Arbeitslosenunterstützung, Karenzgeld) | 4,7 |
| Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen | 4,0 |
| Wertschöpfungsabgabe abzüglich Arbeitgeberbeiträge | 25,0 |
| Erbschafts- und Schenkungssteuer | 0,3 |
| Vermögenssteuer | 1,0 |
| Grundsteuer | 0,4 |
| Börsenumsatzsteuer | 2,9 |
| Erhöhung Kapitalertragsteuer | 0,8 |
| Steuer auf Stiftungsgewinne | 1,4 |
| Höherer Lohn- und Einkommensteuertarif | 32,0 |
| Gesamtsumme | 98,4 |

(aus W. Rätz in **48**, S. 90)

„Was ,unser Land braucht', was alle Länder dieser Erde nötig haben, ist die politische Verteidigung der Wirtschaft auf die Bedürfnisse des Lebens.“
(W. Engler in **48**, S. 361)

alle politische Kräfte (auch wider besseres Wissen?) verschrieben haben.

Bedürfte es aber nicht, so fragt Wolfgang Engler, Professor für Kultursoziologie und Ästhetik an der Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Bloch“ in Berlin, einer grundlegend anderen Sicht auf die Selbstbestimmung des Menschen in einer Zeit, in der wir „den Horizont der Arbeitsgesellschaft überschreiten oder schon überschritten haben“ (S. 22). Denn „nur für eine vergleichsweise kurze Zeit bedeutete ‚Arbeit‘ in einem kleinen Teil der Welt sichere, auskömmliche Beschäftigung, die annähernd jeder und jedem ein eigenständiges Leben ermöglichte“. Gemessen an diesem „exklusiven Maßstab von Arbeit“, so Engler weiter, „wird Arbeit rar und kostbar, wie Wasser in der Wüste“ (S. 24). Die Auffassung der Antike, wonach Freiheit von Arbeit als Bedingung der Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen galt, verweist indes darauf, dass Arbeit nicht als Ding an sich, sondern als kulturelles Phänomen verstanden werden muss, das unter den Bedingungen der Globalisierung neu zu verhandeln ist.

Ausgehend von einer detail- und kenntnisreichen Analyse der Positionen maßgeblicher Theoretiker wie Marx, Arendt und Gorz u. a. m. plädiert Engler für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens, das allen als Bürgerrecht zu-

zuerkennen sei. Zumindest dreierlei wäre so gewährleistet: Das sinnvoll Tätigsein nach jeweils eigenen Talenten und Fähigkeiten (*Freiheit in der Arbeit*), Arbeit in Selbstbestimmung (*Freiheit der Arbeit*) bis hin zur freien Entscheidung, keine (zusätzlich bezahlte) Tätigkeit zu verrichten (*Freiheit von Arbeit*). „Kann ein Leben glücken, das sich nicht selbst am Leben hält?“ (S. 87), fragt Engler, und bejaht dies unter der Bedingung gesamtgesellschaftlicher Subsistenz.

Um ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle auch praktisch zu ermöglichen, diskutiert Engler zum einen das Modell der „negativen Einkommensteuer“ (exemplarisch auf der Basis eines Nettobetrag von 400 Euro monatlich) sowie eine „Sozialdividende“ in gleicher Höhe, die er bevorzugt, da alle BezieherInnen „ihr gemeinsames Fundament als gleich berechnete und gleich bedürftige Individuen anschaulich erfahren“ (S. 126), ohne auf Einzelheiten der an anderer Stelle schon mehrfach bewiesenen Umsetzbarkeit einzugehen. Man mag dies bedauern, wird aber auch positiv zur Kenntnis nehmen, dass es bei dem Versuch einer „radikalen Neugestaltung der Gesellschaft“ nicht um die Umverteilung von grundsätzlich verfügbaren Finanzmitteln geht. Engler liegt vielmehr an der Auslotung elementarer Problemlagen und möglicher Alternativen: „Die kapitalistische Industriegesellschaft“, so stellt er fest, „benötigte mehr als ein Säkulum, um den Arbeiter zum Bürger zu emanzipieren; wieviel Zeit muss vergehen, um den nächsten Schritt zu wagen, die Emanzipation des Bürgers vom Arbeiter?“ (S. 141) Dass „die Emanzipation des Bürgers vom Arbeiter“ unter den Bedingungen der postfordistisch globalisierten Produktionsverhältnisse mit herkömmlichen Reformvorschlägen nicht zu haben und von den derzeit politisch dominierenden wertkonservativen Kräften ernsthaft nicht zu erwarten ist, steht für Engler außer Zweifel. Die (zuweilen etwas zu ausführlichen) Reflexionen über ‚gestohlene Reformen‘ oder die ‚Entstaatlichung des Staates‘ münden in einer konsequenten und überzeugenden Kritik des (Turbo-)Kapitalismus. Indem dieser das „Arbeitsvermögen als eine Ware wie jede andere begriff (und begreift), führt(e) er an den Rand der Selbsterstörung“ (vgl. S. 360). Ist es, so mag man mit Engler fragen, denn vermessen, in Anbetracht dieser Befunde eine radikal andere Politik zu imaginieren und zugleich deren Adressat zu benennen? Im Blick auf die EU sei abschließend eine gleichermaßen provokante wie richtungweisende Frage zitiert: „Was, außer Pflichtvergessenheit, könnte die Verantwortlichen daran hindern, einen (...) Pakt zur sozialen Si-

cherheit des Kontinents zu schließen?“ (S. 326). Die Vision eines bedingungslosen Grundeinkommens ist ein konkreter und diskussionswürdiger Traum zur Umgestaltung, ja vielleicht auch zur Überwindung des Kapitalismus mit dem Ziel „der Vereidigung der Wirtschaft auf die Bedürfnisse des Lebens“ (S. 361). Diesen Traum Wirklichkeit werden zu lassen, dazu leistet dieser Band wesentliche Impulse. *W. Sp.* **Grundeinkommen**



49 Rätz, Werner; Paternoga, Dagmar; Steinbach, Werner: **Grundeinkommen: bedingungslos** (AttacBasisTexte 17). Hamburg: VSA-Verl., 2005. 94 S., € 6,50 [D], 6,90 [A], sFr 11,40 ISBN 3- 89965-141-3

„Eine andere Welt ist möglich.“ – Dieses Motto der globalisierungskritischen Attac-Bewegung schließt auch die Frage danach ein, wie ein „gutes Leben für alle“ in Anbetracht der Tatsache umgesetzt werden könnte, dass unter dem Druck neoliberaler Profitlogik die Arbeitslosigkeit steigt und die Finanzierungsbasis der Sozialsysteme erodiert. In diesem Band der Reihe „BasisTexte“ informieren Mitglieder von Attac-Deutschland gleichermaßen kompetent und sachlich über Hintergründe des Konzepts „Grundeinkommen“ (Definition, Entstehung, Entwicklung), verwiesen wird auch auf die in diesem Punkte progressive Position der katholischen Kirche, die etwa im päpstlichen Schreiben „Laborem exercens“ von einer „Triade der Arbeit“ (Erwerbsarbeit, gemeinwesenbezogene und private Arbeit) und dem individuellen Rechtsanspruch auf ein Basiseinkommen für alle spricht, die in diesem Sinne tätig sind. Diskutiert werden zudem verschiedene Ansätze zur Begründung des Grundeinkommens als Instrument zur Umsetzung der Menschenrechte. Der Theologe *Franz Segber* etwa geht vom bedingungslosen Recht auf Leben aus, während das internationale Netzwerk FIAN das Recht auf „angemessene Ernährung“ und „medico international“ den Aspekt weltbürgerlicher Solidarität im Blick hat. Weitere, teils sehr unterschiedlich motivierte Begründungen reichen vom Postulat eines „Bürgerrechts“ (W. Engler, vgl. Nr. 48), über den Anspruch der Erwerbslosen als Opfer kapitalistischer Lohnarbeit (Harald Rein) bis hin zur Position von dm-Gründer *Götz W. Werner*, der die „Bereitstellung von Einkommen für alle Menschen“ sowie die „Befreiung von Arbeit“ als die eigent-

lich zentralen Aufgaben der Wirtschaft ansieht (mehr dazu unter www.unternimm-die-zukunft.de; Kritisches zum Konzept von Götz Werner in *FAIRCONOMY*, www.FAIRCONOMY.de und *Zukünfte*, 2006, Nr. 52, S. 38-40). Die kursive Erörterung verschiedener Kontexte des Grundeinkommens – „Was ist eigentlich Arbeit?“, „Ist Vollbeschäftigung noch möglich?“, „Was leistet der Sozialstaat“ – mündet in der These, dass die „Behauptung von Mangel“ – an (angemessen bezahlbarer) Arbeit oder auch der Mittel zur Einführung eines Basiseinkommens – nicht „einfach die Beschreibung von Wirklichkeit“, sondern „vielmehr eine ideologische Konstruktion“ sei (S. 52). So generiere der Markt (unter den Bedingungen des Kapitalismus vor allem, was Gewinn erzielt, nicht aber, was tatsächlich gebraucht werde. Eine solidarische (Welt)Gesellschaft würde sich hingegen im Wissen um die Fülle des Verfügbaren „auf die internationale Umverteilung von Gütern und Reichtum verständigen“ (S. 60). Angesprochen werden schließlich auch unterschiedliche Vorschläge zur Finanzierung: Über die ausschließliche Anhebung der Mehrwertsteuer bei kostenneutraler Senkung lohnbezogener Abgaben, wie von Götz W. Werner vorgeschlagen, oder auch die Besteuerung von Vermögen und unternehmerischer Bruttowertschöpfung gibt es eine Vielzahl von Vorschlägen. Die Einführung eines Grundeinkommens würde, darin herrscht hingegen allgemeines Einvernehmen, Herrschaftsverhältnisse zwar nicht beseitigen, „aber die Kampfbedingungen der Beherrschten verbessern“, argumentie-

*„Ist es nicht wirklich viel billiger und wirkungsvoller, allen Menschen ein Einkommen zu zahlen, als den ganzen bürokratischen Entwürdigungsapparat aufrecht zu erhalten? Wollen wir Menschen dauerhaft in die Rolle demütiger Bettler[]nnen versetzen oder sie als Subjekte mit eigenständigen Rechten wahrnehmen?“ (W. Rätz in **49**, S. 76)*

Links

Internet-Tipps zum Grundeinkommen

Aus den ungefähr 442.000 Google-Einträgen zum Stichwort „Grundeinkommen“ (GE) folgt eine kleine Auswahl:
www.grundeinkommen.info, www.netzwerk-grundeinkommen.de (Das Netzwerk befürwortet ein bedingungsloses, garantiertes GE.)
www.etes.ucl.ac.be/BIEN/Index.html (BIEN, Europäisches Netzwerk GE)
www.initiative-grundeinkommen.ch (Schweizer Initiative mit Texten, Videos, News Blog)
www.heise.de/tp/r4/artikel/21/21221/1.html (Artikel zum GE in „Telepolis“ von M. Brake v. 28.10.2005)
www.Attac.de/genug-fuer-alle/seiten/grund.php (Eigene GE-Seite von Attac)
<http://science.orf.at/science/events/141180> (Hinweise und Infos anlässlich des Kongresses zum GE 10/2005)
www.grundeinkommen.at/ (Umfangreiche Informationen zum Thema inkl. Positionspapier GE der Katholischen Sozialakademie Österreichs)
www.archiv-grundeinkommen.de/ (Materialien zum „bedingungslosen?“ GE)

„Die einseitige Pro- pagierung der Be- schaffung von Arbeitsmöglichkei- ten als beschäfti- gungspolitische Strategie [...] läuft darauf hinaus, dass Produktion um der Beschäftigung willen ausgedehnt wird, und nicht Beschäftigung um der Produktion willen stattfindet“.

(G. Vobruba in **50**, S. 22)

ren die VerfasserIn. Vor allem aber betonen sie die Freiheit und Solidarität stiftenden Aspekte dieses Konzepts: „Generell werden die Entfaltungsmöglichkeiten für Eigeninitiative, Spontaneität und Solidarität größer. [...] Gesellschaft- liche Netzwerke, Nachbarschaftshilfe, alltägliche Zuwendungen erhalten eine Chance.“ (S. 65). Schließlich werden noch konkrete Beispiele der Finanzierbarkeit jeweils auf Basis der negativen Einkommensteuer (nach H. Pelzer, R. Welter und Attac Österreich) aus dem Jahr 2001 vorgestellt. Demnach wären bei gestaffelten Jahresbezügen – Kinder bis 15 würden € 2800,-, Jugendliche zwischen 15 und 20 € 7000,-, Erwachsene zwischen 20 und 60 Jahren € 14.000,- und PensionistInnen € 16.000,- erhalten – in Österreich 97,4 Mrd. Euro aufzubringen. Dieser Betrag wäre – so der Vorschlag von Attac – zum einen durch den Wegfall von Pensionen und Transferzahlungen der Arbeitsmarktpolitik, durch Wertschöpfungsabgaben und diverse Vermögenssteuern sowie – ein durchaus kontroversiell diskutierter Aspekt – durch höhere Lohn- und Einkommenssteuertarife zu finanzieren. *W. Sp.* **Grundeinkommen**

Standpunkt Grundeinkommen als Chance

Nur eine funktionierende Wirtschaft, so tönt es bei jeder Gelegenheit, schaffe Arbeit. Das tut sie zweifelsfrei, im Prozess der Globalisierung jedoch vor allem dort, wo Menschen (noch) für wenig Lohn tätig sind, um sich nach und nach ein Stück jenes Wohlstands zu schaffen, der uns selbstverständlich geworden ist. Dass Wertschöpfungsprozesse in hoch industrialisierten Regionen hingegen zunehmend von Maschinen übernommen und Menschen von fremdbestimmter Tätigkeit befreit werden, ist – genauer betrachtet – keine Bedrohung, sondern eine historische Chance. Sie zu nutzen bedeutet, sich der Herausforderung eines sozialen und ökonomischen Paradigmenwechsels zu stellen. „Die Aufgabe der Wirtschaft ist es nicht“, so formuliert es Götz Werner, Inhaber der dm Drogeriemarktkette einer der erfolgreichsten Unternehmer Deutschlands, „Arbeitsplätze zu schaffen. Ihre Aufgabe ist es, die Menschen von der Arbeit zu befreien.“ (vgl. Zeitpunkt. Nr. 81/82, S. 28ff.) Das Modell eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle – und dies letztlich und auf lange Sicht weltweit – ist das wohl ambitionier- teste Instrument, um dieses Ziel zu erreichen. Im Für und Wider der Vorschläge, welche Wege zu frei(er)em, selbst bestimmten Leben am besten zu gehen wären, liegt ein Potenzial, das aufzugreifen und zu er- proben, wohl eine der spannendsten und vorrangigsten Aufgaben des 21. Jahrhunderts im Sinne nachhaltiger Entwicklung darstellt. Ein Gesell- schaftsvertrag mit dem Ziel der Umsetzung der Grundeinkommensidee könnte für Politik, Wirtschaft und Bürgergesellschaft Perspektiven er- öffnen, deren Räume nach jeweils unterschiedlichen Traditionen und individuellen Vorstellungen zu gestalten wären. *W. Sp.*



50 Vobruba, Georg: **Ent- koppung von Arbeit und Einkommen**. Das Grund- einkommen in der Arbeits- gesellschaft. Wiesbaden:

VSA-Verlag f. Sozialwissen- schaften, 2006. 211 S., € 24,90 [D], 25,60 [A], sFr 43,60

ISBN 3-531-14934-2

Georg Vobruba zählt zu den besten Kennern des Diskurses um die Einführung eines Grundein- kommens in Deutschland. Seit mehr als 25 Jah- ren hat der an der Universität Leipzig tätige So- ziologe die Debatten mit verfolgt und entschei- dend mit geprägt. In dem hier angezeigten Band sind insgesamt 11 Beiträge versammelt, die, ent- standen etwa zwischen 1975 und 2005, un- terschiedliche Aspekte der Krise der Arbeitsgesell- schaft und Vorschläge zu deren Überwindung er- örtern, und doch – so der Autor im Vorwort – drei Konstanten aufweisen. Erstens: Vollbeschäftigung ist im Kapitalismus unwahrscheinlich und nicht wieder zu erwarten. Zweitens: Arbeit ist – anders als etwa Orangen – in ihrem Kern keine (nur) den Gesetzen des Marktes zu unterwerfende Ware. Drittens: Nicht weitere normative Postulate, son- dern empirische Analysen sozialer Entwicklungen sind erforderlich, um dem Projekt eines Grund- einkommens zum Durchbruch zu verhelfen. Im Folgenden einige zentrale Aspekte der Argumen- tation:

Schon zu Mitte der 70er-Jahre wandte sich der Ver- fasser „wider die unheilige Allianz der Profit- und Beschäftigungsmaximierer“ und verwies darauf, dass Produktivitätsfortschritt outputseitig entwe- der durch zusätzlichen Konsum oder Investitio- nen, inputseitig durch Verminderung von Ar- beitszeit oder Arbeitintensität zu begegnen sei. Dass „Rationalisierung zum dominanten Investi- tionstypus“ werden sollte (S. 17) und staatliche Interventionen im Sinne keynesianischer Wirt- schaftspolitik keine tragfähigen Instrumente zur Garantie von Vollbeschäftigung darstellen, bedarf gegenwärtig keiner weiteren Argumentation, und bestätigt, nebenbei bemerkt, den antizipatorischen Charakter solider (Sozial-)Wissenschaft. Vobru- ba plädiert daher folgerichtig dafür, „die Not-wendigkeit, Finanzierung und Verausgabung so- zialstaatlicher Leistungen aus ihrer Arbeitszen- triertheit zu lösen“ (S. 33). Der kultur- und struk- turbedingte Wandel des Verhältnisses von „Arbeiten und Essen“ ist Thema eines weiteren Textes, in dem der Verfasser die zunächst bedingte Verknüpfung der beiden bis hin zu deren Entkop-

pelung erläutert. Die Einführung eines Basiseinkommens (auf Grundlage der Negativsteuer finanziert) würde, so der Autor, als Ergänzung des traditionellen Arbeitsmarktes „eine gesellschaftspolitische Grenzüberschreitung von epochaler Bedeutung darstellen“ (S. 64). Beiträge zur historischen Genese der Idee des Basiseinkommens sowie zu „Wegen aus der Flexibilisierungsfalle“ sowie zur Klärung des Verhältnisses zwischen „Arbeit“ und „Markt“ münden u. a. in dem Vorschlag, durch die Einführung eines Grundeinkommens zwischen Kapitaleignern und Arbeitnehmern (zumindest ein Stück weit) „Waffengleichheit herzustellen“. In Anbetracht des Endes der „Vollbeschäftigungsgesellschaft“ spricht Vobruba von einer „doppelten Krise der Lohnarbeit“, da diese „quantitativ unzureichend und qualitativ unzulänglich“ sei (S. 119). Als „neue Normalität nach der Vollbeschäftigung“ seien immer mehr „Income Mixes“, Einkünfte aus Sozialleistungen, Erwerbseinkünften und sonstigen Zuwendungen zu konstatieren. Daher gelte es, die gegenwärtige Unvereinbarkeit von staatlichen Zuwendungen und Arbeitseinkommen so zu reformieren, dass „diese Entwicklung mehr Chancen als Gefahren birgt, und dass die Kombination unterschiedlicher Einkommensarten, die die Bürger längst praktizieren, legalisiert werden“ (S. 158). Dass bisher zwar eine Vielzahl triftiger Gründe für die Einführung eines Grundeinkommens auf dem Tisch liegen – genannt werden gesellschaftspolitische, ökonomische und sozialpolitische Argumente (vgl. S. 176 – 178) –, aber bisher nicht ausreichen, um dieses auch umzusetzen, führt Vobruba auf ein „doppeltes Defizit“ zurück: „Zum einen verzichtet die Grundeinkommensdebatte auf die Untersuchung der vielfältigen Durchsetzungsbedingungen ihrer Vorschläge. Und insbesondere bringt sie sich um jede Möglichkeit der Diskussion darüber, in welcher Weise sich mit den Rahmenbedingungen für die Transfer- und Verteilungspolitik seit Mitte der Achtzigerjahre auch die Voraussetzungen für die Realisierbarkeit [...] verändert haben. Und zum anderen verbaut sich die Diskussion damit jeden systematischen Zugang zur empirischen Gerechtigkeitsforschung.“ (S. 179) Man mag darüber streiten, ob die vehement vorgetragene Schelte einer kritischen Überprüfung standhält. Mit Sicherheit aber ist dem Vorschlag zu einem gründlicheren Blick auf die Praxis von Institutionen sowie auf Arbeits- und Einkommensstrategien, die als Etappen zur Realisierung eines Grundeinkommens zu sehen sind, viel abzugewinnen. *W. Sp.* **Grundeinkommen**



51 Leemann, Eduard:

Die Macht des Geldes.

Globalisierung, Gier und Grenzen. Zürich: Orell Füssli, 2006. 155 S.,

€ 26.50 [D], 28,30 [A], sFr 44,-

ISBN 3-280-05162-2

„Um zu überleben, um gut zu leben, um etwas zu bewirken, im Kleinen wie im Großen, braucht man Geld.“ Damit beginnt der Autor seine Abhandlung über die „Macht des Geldes“. Während Geld als Tauschmittel bzw. als Mittel der Wertsicherung allgemein akzeptiert ist, lenkt Leemann, der selbst im internationalen Kapitalgeschäft tätig war, den Blick auf die „Triebkraft des Geldes“. Das Ziel, die Menge des Geldes zu mehren, treibe die Unternehmer an, höhere Gewinne zu erzielen, und Arbeitnehmer bzw. die Gewerkschaften, höhere Löhne zu erstreiten. Da die Verfügbarkeit über Geld in der modernen Marktwirtschaft wesentlich über die Möglichkeiten der Lebensgestaltung bestimme, sei – so die Grundthese des Autors – die Mehrung des Geldes der zentrale Antriebsmotor unserer Ökonomien. Dies sei an sich nicht problematisch, habe aber durch die „Verabsolutierung“ des Gewinnstrebens am Kapitalmarkt seit den 1990er-Jahren das Wirtschaften und den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaften gefährdet. Postulierte Renditen von 15 -25 Prozent und mehr würden Unternehmen ruinieren, die Sicherheit der Produktion vernachlässigen, zu riskanten Geschäften verleiten und nicht zuletzt Arbeitsplätze vernichten. In der Share-Holder-Fixierung stehe nicht mehr der Mensch im Mittelpunkt; dieser werde von den Gewinnerwartungen der Eigentümer „verdinglicht“. Das von Marx diagnostizierte Gefühl der Entfremdung erscheine damit in beängstigender Weise wieder aktuell. Diese Schiefelage sei nicht nur sozial, sondern auch volkswirtschaftlich bedenklich. Warum?

Die Löhne als „Schlüsselgröße der Einkommensverteilung“ verlieren bei hoher Arbeitslosigkeit an Bedeutung, die Macht der Gewerkschaften nimmt ab. Letztlich destabilisiere dies aber die gesamte Volkswirtschaft, da die Nachfrage sinke und der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft zerbreche. Die privilegierten Schichten müssten somit im eigenen Interesse einer angemessenen Verteilung der Einkommen zustimmen. Leemann skizziert in diesem Zusammenhang unterschiedliche Modelle einer bedarfsorientierten Grundsicherung –

„Wenn wir nach dem Sinn von wirtschaftlichem Wachstum fragen, sollten wir daran denken, dass es in dieser doppelten Buchhaltung – Produktion einerseits, Einkommen andererseits – ganz besonders auf die Einkommenseite ankommt. Denn sie entscheidet über die Verteilung der wirtschaftlichen Güter und damit über die Bedarfsdeckung.“ (E. Leemann in 51, S. 76)

Hartz IV ist für ihn dabei ein Einstieg in dieses Prinzip erwerbsunabhängiger Bedarfsdeckung. Er beschreibt Ansätze eines „Dritten Sektors“ (kritisch dazu G. Notz in Nr. 44), das Projekt „1000 sozial-ökologische Innovationen“ des Philosophen Maik Hosang, die als Experimentierfelder gemeinnützig anerkannt und finanziell unterstützt werden sollen, sowie das Grundeinkommensbasierte Gesellschaftsmodell der „Netzwerke produktiver Kooperationen“ jenseits der Marktökonomie von Michael Hardt und Antonio Negri. Leemann verweist dabei aber zu Recht darauf, dass die Finanzierung dieser Einkommen auf das kapitalvermittelte System angewiesen bleibt. Eine soziale Marktwirtschaft, die durch wirtschaftliche Selbstorganisation ein genügend hohes Sozialprodukt erzeugt und existenzsichernde Einkommen auch für jene ermöglicht, die ohne Arbeit sind oder zu geringe Löhne haben, sieht Leemann daher als Zukunftsziel einer „fairen“ Bedarfsdeckung für alle BürgerInnen. *H. H.*

Wirtschaft: Einkommen



52 Globale soziale

Sicherheit. Grundeinkommen – weltweit?

Hrsg. v. Manfred Füllsack.

Berlin: Avinus-Verl., 2006.

203 S., € 20,- [D], 20,60 [A],

sFr 35,-

ISBN 3- 90064-61-8

„Es wird die Aufgabe von Politikern sein, die vielen kleinen konkreten Detailschritte einzuleiten, und schließlich zu gehen, die zur Erfüllung und Umsetzung einer Sozialpolitik notwendig sind, die globalisierten, weltgesellschaftlichen Verhältnissen entspricht.“
(M. Füllsack in 52, S. 41)

Die Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen ist nach Ansicht des Wiener Soziologen Manfred Füllsack ursächlich mit dem Prozess der Globalisierung verknüpft. Mehr noch: Die Suche nach Alternativen zu den gegenwärtigen Formen der Existenzsicherung sei „angesichts der Ohnmacht der Nationalstaaten, die verfügbaren Arbeitsplätze im Land zu halten, die eigenen Arbeitskräfte vor ausländischer Konkurrenz zu bewahren und die bestehenden Sozialstandards und ihre Finanzierung gegenüber dem Rest der Welt zu behaupten“ (S. 7), eine Herausforderung, die nur in globalem Kontext verstanden und gelöst werden könne. Nicht als sozialphilosophische Utopie, sondern als weltweite sozialpolitische Maßnahme, deren Umsetzung freilich mit kaum absehbaren Schwierigkeiten verbunden ist, will der Herausgeber daher Überlegungen zu einem globalen Grundeinkommen verstanden wissen, zu denen der hier vorliegende Band wertvolle Impulse beisteuert.

Im Prozess der zunehmenden Diversifizierung von

Lebensentwürfen und der Präkarisierung von Beschäftigungsverhältnissen habe Arbeit, so Füllsack, „ihre Fähigkeit verloren, zuverlässig, vorhersagbar und vor allem in gleicher Weise Daseinschancen zu vermitteln“. Somit hat sie aber auch „als Kriterium für die Zuteilung von Existenzmitteln versagt“ (S. 9). Ein garantiertes Grundeinkommen sollte daher „jedem Mitglied einer Gesellschaft auf individueller Basis und unabhängig von Arbeit und Bedürftigkeitsfeststellungen ein Auskommen ermöglichen“. Zudem plädiert Füllsack mit Verweis auf die nur so erzielbaren Administrationsersparnisse dafür, ein Grundeinkommen „gleichmäßig an alle Gesellschaftsmitglieder auszubezahlen, völlig unabhängig davon, was sie im Einzelfall besitzen, leisten oder zu arbeiten bereit sind“ (S. 15), freilich ohne damit die „Reichen reicher zu machen“, da diese erhaltene Zuwendung „wieder abliefern müsst(en)“. Im Detail – dies bestätigen auch die Analysen von Georg Vobruba (vgl. Nr. 50) bleibt freilich noch vieles offen. So verweist der Herausgeber zum einen auf die Vielzahl der zur Finanzierung eines Grundeinkommens vorgebrachten Ideen (vgl. v. a. S. 17ff.), hält aber zugleich fest, dass sich zumindest in den OECD-Staaten die Finanzierung „im Vergleich zu den bestehenden Wohlfahrtssystemen auf längere Sicht auf ein Nullsummenspiel hinauslaufen“ dürfte (S. 17). Schließlich wird eine Reihe positiver Effekte eines Grundeinkommens benannt: dieses würde „die Verhandlungskraft [der ArbeitnehmerInnen] stärken, flexibilisierend und aktivierend wirken, die Kaufkraft stärken – wobei aus ökologischer Perspektive zu Recht auch auf die Konsum mindernde Wirkung verwiesen wird – und durch selbst bestimmte Schritte der Aus- und Weiterbildung qualifikationsfördernd wirken. Dass sich in Anbetracht einer Vielzahl positiver Aspekte bisher kaum eine politische Richtung oder Partei „zur Zeit vollherzig hinter die Idee zu stellen wagt“, führt Füllsack darauf zurück, dass „sich stets auch Aspekte in ihr ausfindig machen [lassen], die zu sehr dem Gedankengut (...) des politischen Gegners gleichen“ (S. 37). Gravierender dürften freilich der Steuerungsverlust der Politik und die „Auflösung der National- und Sozialstaaten“ wiegen, womit „die Grundeinkommensidee einen Verbündeten verliert“ (S. 39). Es ist nicht absehbar, in welcher Form diesem Defizit begegnet wird. Mit entscheidend dürfte wohl auch sein, ob es gelingt, globale Strukturen zu installieren, in deren Rahmen die Umsetzung eines bedingungslosen Einkommens als Grundrecht einer Weltbürgergesellschaft gelingt.

Dass ermutigende erste Schritte zur Einführung einer unbedingten Existenzsicherung auch in nationalem Kontext unternommen werden können, vermittelt dieser Band auf eindrucksvolle Weise. So etwa berichtet *Philippe Van Parijs*, von hot spots des internationalen Diskurses: Im Kongo und in Südafrika ist das Thema ebenso auf der Agenda wie in Südamerika. Auf dem amerikanischen Subkontinent kommt dabei Brasilien die Rolle des Wegbereiters zu. 2004 wurde dort der weltweit erste Grundeinkommensplan vom Parlament beschlossen, worüber dessen Initiator, Senator *E. Matarazzo Suplicy*, berichtet. Dass die Einführung eines Grundeinkommens ein probates Mittel gegen die zunehmende Migration aus Afrika darstellen könnte und die dafür erforderlichen Mittel u. a. auch durch die Besteuerung von Treib-

hausgasen aufzubringen wären, ist Gegenstand weiterer Beiträge. Darüber hinaus ist zu erfahren, dass das Thema auch in Russland, Australien und Japan, aber auch in Deutschland – *Dirk Jacobi* erörtert die Herausforderungen für die Umsetzung eines Grundeinkommens nach der rot-grünen Koalition – heftig diskutiert wird, während es – freilich auf bescheidenem Niveau – in Alaska bereits realisiert ist. Die Etablierung eines Grundeinkommens weltweit sei, historisch betrachtet, keineswegs revolutionär, sondern drängt sich als Instrument der Umformung brüchiger Arbeits- und Einkommensverhältnisse geradezu auf, meint Füllsack im resümierenden Beitrag. Ein umfangreiches Literaturverzeichnis unterstreicht den positiven Eindruck. Rundum empfehlenswert. *W. Sp.*

Grundeinkommen

Trend- und Zukunftsforschung



53 *Huber, Jeannette:*
Innovation Economy. Wie Trendpioniere neue Märkte schaffen. 6 Schlüsselstrategien für die Märkte der Zukunft. Kelkheim: Zukunftsinstitut, 2005. 85 S. incl. CD, € 180,-. Bestellung: www.zukunftsinstitut.de
ISBN 3-938248-10-2

Mehr denn je gilt Kreativität als der Motor wirtschaftlichen Erfolgs. Neugier, Teamgeist und das Wissen um den kulturellen Hintergrund der Kunden entscheiden darüber, ob Firmen, Marken und Produkte im Wettbewerb bestehen. Wo materieller Wohlstand und Glück sich immer mehr von einander entkoppeln – laut einer Umfrage des Zukunftsinstituts ist „lustvolles Konsumieren“ für nur noch 38 Prozent der Deutschen ein wesentlicher Teil des Freizeitverhaltens (S. 20) –, geht es nicht mehr darum, so gut wie die Markenführer zu sein. Jeanette Huber skizziert in dieser Studie sechs „Innovations-Strategien“ für Gewinner auf globalen Märkten. 1. „Anders als die anderen“, lautet die Erfolgs-Formel „More for less“ – das gilt als „neue Balance“: Kunden lassen sich nicht mehr mit Slogans wie „Geiz ist geil“ gewinnen, sondern informieren sich selbst: Für immer mehr Bürger geht einer Verkaufsentscheidung die Recherche im Internet voraus. In Anbetracht „totaler Transparenz“ sind vor allem kostengünstige und qualitätvolle Produkte gefragt. „Cheap Chic“ als neue Marketingstrategie bedeutet beispielsweise für Fluganbieter, auf Treueprogramme oder

stationäres Ticketservice zu verzichten, um mit Direktverbindungen und Billigtarifen zu punkten. 2. Nicht auf die Rezepte der Markenführer setzen, sondern durch „Seitensprünge“ lernen: „Netjets“ ist z. B. als privater Fluganbieter auf Timesharing-Basis erfolgreich, und Online-Anbieter eBay mit heute 147 Mio. Nutzern in 32 Ländern der größte Anbieter weltweit. 3. „Think cosumer – think big“ zielt darauf, die Nutzungskette (aus Sicht der Kunden) zu optimieren: Herstellung, Distribution, Kauf, Lieferung, Gebrauch, Zubehör, Instandhaltung und Entsorgung: Erfolgreiche Unternehmen haben den gesamten Produktionsablauf im Blick. 4. Nicht mehr durch die Unterscheidung von „hart“ oder „weich“ reüssiert eine Branche. Gefragt ist „Counter balancing“ – der Erfolg durch die Präsenz der „anderen Seite“. Der mexikanische Baustoffhersteller „Cemex“ etwa hat sich erfolgreich positioniert, indem er auf Emotionen setzt: Die Verwirklichung eines Lebensstraums, der Aspekt der Hilfe für „kleine Leute“, das Stiften von Gemeinschaftsgefühl durch einen [Spar]-Klub und nicht zuletzt Empowerment sind Kriterien für den Aufstieg zum drittgrößten Zementhersteller weltweit. 5. Das Geschäft mit den „Nicht-Kunden“ anstelle der Mehrleistung als Prinzip Kundenbindung ist ein weiteres Erfolgsprinzip. Die zentrale Frage dabei: Wer kauft warum (m)ein Produkt NICHT? Mit „Yellow Tail“ – um wiederum ein Beispiel zu nennen – bietet das australische Unternehmen Casella einen Wein für „Nicht-Weintrinker“ an. Klarer Schriftzug, einfache Sortenbenennung inkl. Gebrauchsanweisung und Geschmacksgarantie (not-

„8% der Deutschen sind Migranten, 20% unserer Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund. Die Diversität unserer Gesellschaft und unsere globale Mobilität sind lebendige Quellen der Inspiration.“
(J. Huber in 53, S. 10)

„Auch wenn es besondere Fähigkeiten bestimmter Menschen gibt, die es zu fördern gilt, so ist Kreativität doch kein Privileg einzelner Genies, sondern ein weit verbreitetes Potenzial, das es zu fördern gilt.“

(J. Huber in 53, S. 11)

falls auch chemisch hergestellt) sorgen dafür, dass Unkundige genau das finden, was sie erwarten. In Anbetracht der mehr als 1 Mrd. „Social Climber“, die als Konsumenten „ante portas“ stehen, ist dies vielleicht eine der gewinnträchtigsten Marktstrategien überhaupt. 6. Schließlich sind Navigationshilfen (zumal auf zunehmend gesättigten Märkten) von größter Wichtigkeit. Ratings, Rankings und „Kollaborative Kundenfilter“ sollen dazu beitragen, die „Komplexitätszumutung“ zu reduzieren und Übersicht im Dschungel der Warenwelt schaffen – um (und gerade das ist das Spannende) mit Nischen-Produkten zu punkten. Um in diesem Umfeld bestehen zu können, werden Unternehmen zwar auch weiterhin unter Zeit- und Kostendruck auslagern, vor allem aber durch Netzwerke „Allianzen für Innovation“ bilden. Die kulturellen Unterschiede der Beteiligten (diversity) ist dabei ein wichtiges Erfolgskriterium. Zusammengefasst heißt dies, dass die Struktur des Unternehmens, die Einstellungen der MitarbeiterInnen sowie die Arbeits- und Lern-Kultur in einer Welt, in der Werte wie Anerkennung und Selbstverwirklichung zunehmend wichtig werden, auch über den wirtschaftlichen Erfolg entscheiden.

Wem daran liegt, diese Innovations-Strategie zu kommunizieren und auf die Anwendbarkeit im eigenen Umfeld zu überprüfen, findet zum Abschluss der Studie eine „Gebrauchsanleitung für Innovateure“ („In sechs Tagen und 20 Schritten ein Stück weiter auf dem Weg zur Innovation Economy“) sowie eine CD mit insgesamt 27 Folien (die den Grafiken der Broschüre entsprechen). Zusammengefasst: Für wen Innovation primär die Fortsetzung des Weges – der Profitmaximierung – mit anderen Mitteln bedeutet, der findet hier eine Reihe gut recherchierter und leserfreundlich aufbereiteter Empfehlungen. Ob damit freilich der eigene Innovationsschub gelingt, muss offen bleiben. *W. Sp.*

Innovation: Wirtschaft



54 Szenariotechnik.

Hrsg. v. Falko E. P. Wilms.
Bern (u. a.): Haupt-Verl.,
2006. 411 S., € 32,- [D],
32,90 [A], sFr 48,-
ISBN 3-258-06988-3

Mit Hilfe von Szenarien lassen sich „zukunftsrobuste Strategieoptionen“ für eine Organisation oder Einheit entwickeln. Zudem sollen Szenarien

etwas bewirken. Die mittlerweile recht große Verbreitung dieser Techniken hängt in erster Linie damit zusammen, dass sie mögliche, wünschbare oder vermeidbare Zukünfte entwickelt bzw. auch nur den Entwicklungsverlauf aufzeigen kann und nicht auf eine Zukunftsoption, auf einen Trend festgelegt ist. Allerdings lassen sich durch Szenarien höchstens bedingt Aussagen über die Wahrscheinlichkeit des Eintretens von Ereignissen machen.

Die fast unüberschaubaren Methoden und Techniken zur Szenariogewinnung sind in einer Rezension auch nicht annähernd angemessen zu beschreiben. Diesen Versuch unternimmt aber der vorliegende Sammelband, in dem AutorInnen aus verschiedenen Fachbereichen die vorhandenen Möglichkeiten des bewussten Umgangs mit der Erstellung von Szenarien mit Schwerpunkt auf Fragen der konkreten Umsetzung darstellen. Beschrieben werden u. a. Techniken wie die moderierte Gruppendiskussion, das Brainstorming, traditionelle Kreativitätstechniken oder die Entwicklung verschiedener Matrices (z. B. Fragen-Matrix, Prioritätenmatrix oder Einflussmatrix). Die Szenariotechnik (nach *Ute G. Blasche*) als eine der Methoden des systematischen Denkens umfasst wie bereits erwähnt eine Vielzahl von Methoden, Techniken und Vorgehensweisen. Die Managementtrainerin unterscheidet beispielsweise zwei Kategorien von Verfahren. Zunächst geht es in der Szenariofeld-Analyse (als Basis jedes profunden Zukunfts-Szenarios) um die Identifikation verschiedener Einflussfaktoren, anschließend werden in der Szenario-Bildung Methoden zur Erstellung von konsistenten Zukunftsbildern (vgl. dazu S. 66) entwickelt.

Die Managementberaterin *Margret Richter* beschreibt in ihrem Beitrag, warum mit einer Syntegration, einem strukturierten Arbeitsprozess zur interdisziplinären Entscheidungs- und Konsensfindung bei sehr vielschichtigen und komplexen Herausforderungen plausible Zukunftsbilder (=Szenarien) entwickelt werden können (vgl. S. 109ff.). *Uwe Götze* beschäftigt sich mit verschiedenen Ansätzen der Cross-Impact-Analyse zur Bildung und Auswertung von Szenarien. Der Begriff steht für eine ganze Gruppe von Verfahren, mit denen versucht wird, die Interdependenzen zwischen den Eintrittswahrscheinlichkeiten möglicher zukünftiger Entwicklung auszuwerten und damit einen Zusammenhang zwischen verschiedenen künftigen Geschehnissen herzustellen“ (S. 146). Als Variante wird BASICS (Batelle Scenario Inputs to Corporate Strategy) dargestellt, bei dem eine Simulation zur Bestimmung glaubwür-

diger Annahmebündel durchgeführt wird. Anhand von Fallbeispielen wird schließlich verdeutlicht, dass die Szenariotechnik auch bei Problemen mit sehr hoher Komplexität und extrem langem Zeithorizont wie etwa bei der „Endlagerung von Radioaktiven Abfällen“ (Blasche) sinnvoll anwendbar ist. Hier geht es darum, das Wissen um die heute verfügbaren Möglichkeiten proaktiv zur Bewältigung aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen einzusetzen. Die Zukunftsforscher *R. Gaßner* und *K. Steinmüller* analysieren die Rolle der normativen (mit expliziter Wertorientierung) und narrativen (quasi-literarisch als kleine Erzählungen konzipiert) Futur-Szenarios im Rahmen des deutschen Forschungsdialogs des BMBF. Schließlich sollte, so eine Empfehlung, die Szenariotechnik auch jenseits von Wissenschaft und spezialisierten Management-Seminaren im alltäglichen Handeln verstärkt eingesetzt werden. Nicht nur an Methoden der Zukunftsforschung Interessierten, sondern auch ModeratorInnen ist dieser Band zu empfehlen. A. A.

Szenariotechnik



55 Steinmüller, Karlheinz mit Angela: **Die Zukunft der Technologien.** Hamburg: Murmann, 2006. 319 S., € 24,90 [D], 25,60 [A], sFr 43,60 ISBN 3-938017-46-5

Plus ultra – das Überschreiten von Grenzen, die Erkundung neuer Dimensionen in Raum und Zeit sind dem Menschen eingeschrieben und prägen vor allem die Entwicklung der Technik. Diese wird das 21. Jahrhundert radikal verändern, wenngleich nicht alles, was möglich ist, auch realisiert wird, da die Umsetzung und Anwendung neuer Technologien wesentlich von Werten und Einstellungen mit bestimmt wird. Werden wir in fünfzig Jahren auf diesem Planeten verantwortungsvoll und solidarisch leben? Oder werden sich unsere Nachkommen daran machen, im Vertrauen auf die technologische Erweiterung der Evolution, die Erde im wahrsten Sinne des Wortes hinter sich zu lassen? Steht gar ein evolutionärer Paradigmenwechsel an? Werden Kultur und Technik zur Ablöse der Natur, „zu einer neuerlichen Explosion der Vielfalt in der belebten Welt“ führen? Karlheinz Steinmüller, Physiker und renommierter Zukunftsforscher und SF-Autor, richtet nach einer einführenden Darstellung der wichtigsten In-

Tool

Phasen der Szenarioentwicklung

Stichwortartig seien die genannten Phasen rekapituliert: Problemfeld abgrenzen, Einflussbereiche identifizieren, Einflussfaktoren bestimmen, Deskriptoren ableiten, Deskriptoren projizieren, Störereignisse definieren, Szenarien erstellen, Trendszenario auswählen, Trendszenario interpretieren, Auswirkungen auf das Gestaltungsfeld ermitteln und Maßnahmenkatalog erstellen. (aus **54**, S. 43f.)

strumente der Technikvorschau gemeinsam mit seiner Frau Angela einen fundierten und kenntnisreichen Blick auf die vor uns liegenden fünfzig Jahre. Folgende generelle Tendenzen sind auszumachen: Informations- und Kommunikationstechnologien, Bio-, Nano- und Neurotechnologien werden die Zukunft bestimmen und zunehmend mit einander verschmelzen. Zudem werden Miniaturisierung und Leistungssteigerung von Prozessoren ungebrochen fortgesetzt: Gemessen an den gegenwärtigen Kapazitäten ist bis 2020 mit einer Steigerung um das Tausendfache, bis 2035 gar um eine Million zu rechnen.

Mit dem Blick auf drei Etappen – 2010, 2020 und 2050 – wird im Hauptteil des Bandes anhand von elf Anwendungsbereichen gezeigt, welche Potenziale, aber auch Grenzen im weiten Feld der Technikentwicklung absehbar sind. Knappe Verweise müssen an dieser Stelle genügen:

Medizin und Gesundheit werden bis 2020 weitgehend individualisiert, maßgeschneiderte Medikamente und Therapien unsere Lebenszeit weiter anheben, um 2050 dürfte die Frage der „Rekonstruktion des Menschen“ für heiße Debatten sorgen. Der „lange Marsch der Roboter“ – schon heute kommen in Deutschland auf 10.000 Beschäftigte in der Industrie 148 Roboter – wird beschleunigt. Servicemaschinen in Kinderzimmern und im Haushalt werden schon bald den Status „emotionaler künstlicher Intelligenz“ erreichen, ab 2020 dürften „Edutainment-Roboter“ die Position von Haustieren einnehmen, „synthetische Persönlichkeiten“ könnten sich in der Folge daran machen, den Menschen zu manipulieren. Um den ungebrochen steigenden Weltenergiebedarf zu stillen – bis 2030 wird ein Plus von 50 Prozent erwartet – werden weiterhin drei Pfade (fossil, regenerativ, atomar) beschritten. Öl wird mehr und mehr durch (verflüssigtes) Gas ersetzt, die Treibhausgase vermutlich unterirdisch gebunden; ab 2030 wird der Durchbruch von Solar- und Wasserstofftechnologien erwartet. Als „plus ultra“-Option angedacht bleibt zudem die Energiegewinnung aus dem Weltraum. In punkto Ernährung gehen die Verfasser von fortschreitender Indus-

„Das immense Innovationstempo unserer Zeit beruht auf gewaltigen Anstrengungen. 'Innovate or die' heißt es für große wie kleine Firmen, auch die Regierungen wissen, dass das Wohl ihrer Länder von Innovationen abhängt.“
(Steinmüller in **55**, S. 291)

„Im Verlaufe seiner gesamten Geschichte hat der Mensch stets Grenzen überschritten. Physische Grenzen und auch kulturelle. Das scheint ihm im Guten wie im Bösen wesenseigen zu sein. Der Mensch ist das Plus-ultra-Tier.“
(Steinmüller in 55, S. 291)

trialisierung (High-Tech-Landwirtschaft und Fisch-Farming) ebenso aus wie von der weitgehenden Etablierung von „gentechischem Pharmafood“. „Tierloses Fleisch als Produkt einer landlosen Landwirtschaft“ (S. 176) erscheint durchaus im Bereich des Möglichen, könnte aber auch am massiven Widerstand „konservativer“ Bio-KonsumentInnen scheitern. Die industrielle Produktion wird zunehmend virtuell und weiter beschleunigt. Um die Mitte des Jahrhunderts könnte der „home fabricator“ die Herstellung von Produkten des persönlichen Bedarfs ganz bequem am eigenen Schreibtisch ermöglichen. Die permanente Verfügbarkeit im „Evernet“, die TIMES-Konvergenz (das Verschmelzen der Kommunikation, Medien, Elektronik und Sicherheit) kündigen ein Leben in der „digitalen Aura“ an, in der persönliche Buttler („Atavare“) den Alltag prägen und ganz nebenbei – vielleicht auch dazu beitragen, dass „post-vote-tracking“ zur Umgestaltung der parlamentarischen Demokratie durch die permanente Bewertung politischer Prozesse führt. Vom produktionsintegrierten Umweltschutz bis hin zu planetarem Ökomanagement und dem Terraforming mit dem Ziel der Umwandlung lebloser Planeten in „zweite Erden“ handeln die umweltbezogenen Überlegungen. Ausführungen zur Zukunft des Verkehrs, des Bauens, zur (globalen) (Un)Sicherheit – bis hin zur Dimension „künstlicher Umweltkatastrophen“ sowie zu Perspektiven der Raumfahrt runden diese tour d’horizon der (mehr oder minder) absehbaren Entwicklungen ab. Neben der zusammenfassenden Skizzierung der technologischen Megatrends überzeugt vor allem auch die abschließende Beurteilung der Verfasser: Die Zukunftsfähigkeit (nicht nur) Europas entscheidet sich, so meinen sie, vor allem in der Bereitschaft, in die Zukunft der Jugend, in Forschung und Bildung zu investieren. Pointiert formuliert: „Nicht die Alterung der Gesellschaft ist die Katastrophe, sondern unser Abschneiden bei PISA.“ (S. 293) *W. Sp.*

Technik



56 **Servolution.** Die Zukunft der Dienstleistung. GDI Impuls. Wissensmagazin für Wirtschaft, Gesellschaft, Handel. 2005. 100 S. € 22,-[D], € 23,50 [A], sFr 35,- (www.gdi-impuls.ch)

Während die Beschäftigung im Bereich der sozi-

alen Dienstleistungen – von Matthias Horx treffend als „High-Touch-Economy“ bezeichnet – weiter steigen wird, zeigen sich bei den produktionsnahen und den Servicedienstleistungen dramatische Automatisierungstrends, die bereits jenen in den Produktionsstätten gleichkommen. Mehr noch als „Outsourcing“ sei diese „Industrialisierung des Sektors“ für den Arbeitsmarkt sowie die Wettbewerbsfähigkeit von Relevanz, so das Credo des Gottlieb-Duttweiler-Instituts in seiner Publikation „Servolution“. Der US-Ökonom *Jeffrey F. Rayport* untersucht darin die technischen und ökonomischen Treiber der Servolution und macht den künftigen Wettbewerbsvorteil im „Gesamtsystem der Kundenschnittstellen“ fest. Ob dabei Menschen oder Maschinen eingesetzt werden, hänge davon ab, „wer jeweils den besseren Job macht.“ Seine Thesen: 1. Heute ist die knappe Ressource nicht mehr das Angebot, sondern die Nachfrage. 2. Interaktion und Erlebnis werden den Wettbewerb entscheiden. 3. Viele Menschen glauben, dass die Maschinen schneller und genauer sind, was automatisierten Abläufen von der Internetbuchung bis zum Voicerecorder Vorteile einräumt. 4. Service wird der neue Schauplatz des Wettbewerbs. Als Beispiel nennt der Ökonom das Unternehmen Amazon, das seine Website sorgfältig darauf ausgelegt hat, „jeglichen Menschenkontakt im Kaufprozess zu vermeiden“ und bezüglich Kundenzufriedenheit dennoch zur Spitze im Einzelhandel zählt, dabei aber beträchtlich weniger Ausgaben für Kundenservice (nur 1 Prozent des Umsatzes) tätigt als andere Unternehmen. *Birgit Mager*, Europas erste Professorin für „Service-Design“, zeigt in diesem Sinne anhand von 10 „Basics“, wie Unternehmen ihre Kunden tatsächlich zum König machen können. Service müsse als „Produkt“ verstanden werden, so ihre Überzeugung. Mögliche Fallen der Rationalisierung beschreibt *G. Günter Voss* mit dem „arbeitenden Kunden“ als weiterer Stufe der Selbstbedienung. So leisteten IKEA-Kunden bisher bei der Endmontage der „Billy-Regale“ 20 Millionen Arbeitsstunden. In bayrischen Schulen werden – so ein ganz anderes Beispiel – Eltern aufgefordert, als Ersatz für erkrankte Lehrkräfte zu unterrichten. Gleichsam als Antwort der anderen Art auf Konsum- und Marktoptimierungen zu lesen sind zwei weitere Essays. *Frank Furedi* plädiert für eine neue „Politik der Möglichkeiten“, die die Gestaltung der Lebensumstände durch uns Menschen wieder in den Mittelpunkt stellt. *Meinhard Miegel* spricht von einer „Epochenwende“ (vgl. dazu auch sein 2005 bei Propyläen erschienenes Buch gleichnamigen Titels). Die globale

Ausbreitung des westlichen Lebensstils erfordere von uns neue Antworten, etwa im Bereich des Verkehrs, des Abbaus von Komplexitäten (hinsichtlich der Bedienung von Geräten) und des Schaffens einer „Alterskultur“. H. H.

Dienstleistungen: Automatisierung



57 Wopp, Christian:
Handbuch zur Trendforschung im Sport. Aachen (u. a.): Meyer & Meyer-Verl., 2006. 554 S., € 29,95 [D], 30,80 [A], sFr 49,90
ISBN 3-89899-182-2

Eines steht zumindest fest: Die Frage, welchen Sport wir in Zukunft betreiben werden, lässt sich nicht ohne weiteres beantworten. Während wir relativ treffsicher sagen können, ob oder welchen Sport wir am nächsten Tag ausüben werden, fällt die Antwort bezogen auf einen größeren Zeithorizont eher spekulativ aus.

Der umfangreiche Reader beschäftigt sich zunächst mit verschiedenen Bedingungen sportlichen Handelns und Aspekten der Trendforschung allgemein, wobei eine beinahe unübersichtliche Anhäufung von Techniken (von Reframing bis Delphi) die Orientierung nicht unbedingt erleichtert. Anschließend werden Formen sportlichen Handelns, bezogen auf die gesamte Bevölkerung, unabhängig von Geschlecht, Lebensalter oder sozialem Status analysiert. In den folgenden Kapiteln werden diese Ausführungen präzisiert bzw. differenziert. Dabei versucht der Autor Sozialbezüge, Organisationsformen, Materialentwicklung, räumliche sowie ökonomische Bedingungen und den Faktor Zeit in seine Überlegungen mit einzu beziehen. Im Sinne der Verknüpfung bekannter Trends und der Abschätzung weiterer Entwicklungen wird nach möglichen Neuerungen und abrupten Veränderungen im Trendsport Ausschau gehalten. Aber welchen Sport betreiben wir in Zukunft nun wirklich? „Auch wenn die einzelnen Praxisformen nicht genau vorhergesagt werden können, so zeichnen sich doch Entwicklungskorridore ab, innerhalb derer die meisten Menschen sportlich aktiv sein werden.“ Die großen Themenfelder werden Gesundheit, Fitness, Ausdauer oder Wellness sein. Männer und Frauen werden gleichermaßen aktiv sein und „dabei versuchen, Prozesse des Alterns mithilfe von Sportgeräten“ hinauszuzögern (S. 498).

Wie überall werden auch im Sport Selbstlernpro-

zesse und die Betonung der Individualität im Mittelpunkt stehen. Auch die Sportvereine werden sich als zahlenmäßig größter Anbieter behaupten. Denn angesichts sinkender realer Einkommen und nachlassender staatlicher Unterstützung werden kostengünstige Organisationsformen mit ehrenamtlichem Engagement zunehmend wichtiger. Bei allem Bemühen, einen Blick in die Zukunft zu werfen, sind es letztendlich „die Menschen selbst, die durch ihr Handeln Entwicklungen des Sports gestalten“. Nicht von ungefähr schließt der Band mit einer Überlegung von Josef Beuys, der einmal gesagt haben soll, dass wir nur dann die Zukunft bekommen, die wir uns wünschen, wenn wir sie selbst erfinden. A. A.

Trendforschung: Sport

„Mehr noch als heute wird Sport in der unmittelbaren Wohnumgebung ausgeübt und zu den Selbstverständlichkeiten des Alltags gehören.“

(Ch. Wopp in **57**, S. 498)



58 Kirig, Anja; Wenzel, Eike: **Tourismus 2020.** Die neuen Sehnsuchtsmärkte. Kelkheim: Zukunftsinstitut, 2006. 101 S., € 190,- [D]
ISBN 3-938284-14-5
www.zukunftsinstitut.de

Kaum eine andere Branche ist in derart vielfältiger Weise mit den sie umgebenden Rahmenbedingungen verwoben wie der Tourismus. Globalisierung, wirtschaftliche, politische und technische Entwicklungen spielen dabei ebenso eine Rolle wie demographische Veränderungen, Gesundheit, Bildung und das Verhältnis von Arbeit und Freizeit. Die Boombranche Nummer eins steht zu Beginn des neuen Jahrtausends vor erheblichen Anpassungserfordernissen.

Ein deutlicher Hinweis darauf, dass die Potenziale dieses Chancenmarktes nur ausgeschöpft werden können, findet sich gleich zu Beginn dieser Studie des Zukunftsinstituts. Denn „nur wer imstande ist, die Veränderungen in der Bedürfnisökonomie seiner Kunden frühzeitig zu deuten, wird auf den Märkten von morgen zu den Gewinnern gehören“.

Insgesamt steht nach Ansicht der Autoren das klassische Modell Urlaub längst zur Disposition. Vor allem ist es der so genannte „neue Urlauber“, der die touristischen Märkte in den kommenden Jahren maßgeblich prägen und verändern wird. Wie in anderen Lebensbereichen konstatieren Kirig/Wenzel eine Rückkehr zu immateriellen Werten wie Qualität, Authentizität, Regionalität und Nachhaltigkeit. In den USA orientiert sich bereits ein Drittel am „Lifestyle of Health and Sustaina-

„Unsere postmodernen Welteroberer beenden die Ära des konfektionierten Massentourismus. Sie sind beruflich im hohen Maße von Mobilität abhängig, verfügen über reichlich Geld, aber wenig Zeit und wählen ihren Urlaub stark serviceorientiert.“
(Kirig/Wenzel in **58**, S. 22)

„Die globalisierte Welt gilt als Ursache dafür, dass wir künftig weltweit Freunde haben, mit denen wir nicht nur vernetzt sind, sondern die man auch regelmäßig sehen möchte. So werden Reisen künftig nicht zwangsläufig von der Schönheit des Ziels abhängig gemacht, sondern auch aus einer sozialen und kommunikativen Laune heraus.“
(Kirig/Wenzel in 58, S. 72)

bility“, und in Westeuropa werden es in den nächsten 10 bis 15 Jahren mutmaßlich noch mehr sein. Der Blick auf den Tourismus als Media- und Marketingaufgabe bringt dann doch auch Erstaunliches zu Tage. So muss nach Ansicht der Autoren „der Hype um den Reisevertrieb in Internet und TV mehr als relativiert werden“, denn die Recherchen lassen keinen anderen Schluss zu, „als dass Reiseinteressierte nach wie vor nach seriöser Information suchen und deshalb immer wieder bei den guten alten Printprodukten wie Magazinen und Tageszeitungen landen“.

Was die Typologie der touristischen Sehnsüchte anbelangt, so steht der Wunsch im Vordergrund, der Alltagserfahrung mit Kontrasterlebnissen zu begegnen. Dies ist an sich nichts Neues. „Was sich verändert hat, ist das Zeitbudget der Menschen und ihr Lebensstil.“ Dies hat selbstverständlich Auswirkungen auf die Grundmotive der Touristen und entsprechend Auswirkungen auf die Anbieter.

Die beinahe unübersichtliche Anzahl von Trends, Prognosen und Spekulationen verwirrt zunächst, wird aber schließlich in zehn Tourismus-Trends (von health-holidays bis Bildungs- und Kulturreisen) gebündelt, die versuchen, Übersichtlichkeit und Zukunftsperspektiven zu vermitteln. Präsentiert werden weiters „Leuchtturmprojekte“ zu den einzelnen Trends – z. B. Brenner’s Park-Hotel & Spa in Baden-Baden, das eine Symbiose aus Philosophie, Schönheit, Fitness, Gesundheit und kulinarischen Erlebnissen bietet, oder die Schweizer Reiseagentur Cultoura, die maßgeschneiderte Kultur-, Begegnungs- und Erlebnisreisen vermittelt. „Fliegen ohne schlechtes Gewissen“ ermöglicht ein Emissionsrechner (travelscout24.de), der über die Partnerseite climatepartner.com da-

zu motiviert, die verursachten Emissionen durch Zahlung eines Beitrages an Klimaschutzprojekte zu kompensieren. Ein Hin- und Rückflug von Frankfurt nach New York macht beispielsweise 61,25 Euro für 4061,52 Kilogramm Kohlendioxid aus – ein durchaus leistbarer Betrag, um das Gewissen zu beruhigen und zu öko-sozialem Ausgleich beizutragen.

Beachtenswerte Trends sind nicht zuletzt in neuen Märkten zu finden: „Bis zum Jahr 2020 werden sage und schreibe 120 Millionen Chinesen pro Jahr ihren Urlaub im Ausland verbringen.“ (S. 16) Die neuen Alten sind ebenfalls aktuelles Thema. Bei der 55plus-Generation wird der Reiseumsatz um bis zu 63 Prozent wachsen. Die Urlauber der Zukunft sind Dauerkonsumenten von „Mobilitäts-Optionen“, sie sparen also nicht das ganze Jahre für einmal Urlaub. Auch der Trend zu Kurzurlauben und Kurzentschlossenen – nicht aber zu Last-Minute – nimmt laut Auskunft der Autoren weiter zu. Schließlich findet der Leser zahlreiche Links (für deren Besuch man sich fraglos Urlaub nehmen sollte).

Alles in allem eine interessante Lektüre mit ebenso fragwürdigen Prognosen, wie etwa jener, dass sich Touristen künftig mehr mit den Menschen vor Ort identifizieren und nicht davonschleichen würden, wenn sie Umweltkatastrophen hautnah erleben. Noch deutlich erinnern wir uns an Bilder aus Thailand unmittelbar nach dem Tsunami, als inmitten von Elend und Zerstörung Urlauber am Strand in der Sonne lagen, weil der Urlaub schon seit längerem gebucht war. A. A.

Trendforschung: Tourismus

Energie - Ernährung - Klima



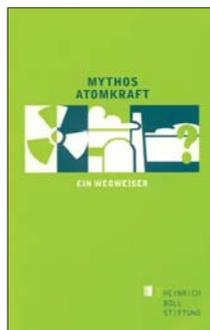
59 Gründinger, Wolfgang:
Die Energiefalle. Rückblick auf das Erdölzeitalter.
München: Beck, 2006.
287 S.,
€ 12,90 [D], 13,30 [A],
sFr 23,50
ISBN-3-406-54098-8

„Wohlstand für alle ist nur möglich durch Energie für alle. Doch Energie für alle ist nur möglich durch Solare Energie.“ Mit dieser Kurzformel begründet der erst 21-jährige Autor und Nachhaltigkeitsaktivist in Anlehnung an Vorbilder wie

Hermann Scheer und Franz Alt die Perspektive einer „solaren Revolution“. Sein auf umfangreichen Recherchen basierendes Buch bietet eine ausgezeichnete Bestandsaufnahme zu aktuellen Energiefragen – von der Begrenztheit der fossilen Rohstoffe über die Klimaerwärmung bis zu den problematischen Bestrebungen einer Renaissance der Nuklearenergie. Die Sicherheitsrisiken atomarer Energieversorgung macht Gründinger an harten Fakten fest, die Hoffnungen auf die Kernfusion dämpft er mittels Aussagen jener, die es wissen müssen, den Experten aus der Fusionsforschung selbst [Ein Kapitel, das ganz im Stil des kritischen Wissenschaftsjournalisten Robert Jungk geschrieben ist!]. Zum Besten des Buches zählen die

Kapitel über die fossil-atomare Subventionspolitik – Gründer spricht von „Subventionsorgie“ – sowie über die geopolitische Sprengkraft des Erdöls – von der „Öljunta des George Walker Bush“ bis zum „fossilen Imperialismus“, getarnt als Entwicklungshilfe. 90 Prozent der Weltbank-Energieprojekte gehen an Energiekonzerne aus den sieben großen Industrienationen. Nur fünf Prozent des Budgets fließen in die ländlichen Räume der Entwicklungsländer, und nur drei Prozent werden in solare Energien investiert – soweit nur einige der zitierten Zahlen. Das solare Zukunftsszenario des abschließenden Kapitels fällt – anders als der Buchtitel erwarten lässt – vergleichsweise knapp aus, was aber den Wert des engagiert verfassten Bandes keineswegs schmälert. *H. H.* (Weitere Fakten s. www.wolfgang-gruendinger.de)

Energie: Erdöl



60 Mythos Atomkraft.

Ein Wegweiser.

Hrsg. v. d.

Heinrich Böll Stiftung.

Berlin, 2006. 379 S.,

€ 6,- [D], 6,20 [A],

sFr 10,50

ISBN 3-927760-51-X

Der rasante Klimawandel, steigende Ölpreise, die Abhängigkeit von russischem Erdgas und der steigende Energiebedarf aufstrebender Industrienationen haben die Atomkraft wieder ins Gespräch gebracht. Namhafte Experten analysieren die zentralen Aspekte dieser vermeintlichen Option und kommen zu einem klaren Ergebnis: „Für die notwendige fundamentale Transformation des globalen Energiesystems durch eine innovative und robuste Klimastrategie ist der Verzicht auf Atomkraft hilfreich.“

Ja mehr noch: Den von den Atombetreibern propagierten massiven Ausbau der Atomtechnologie als entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz bezeichnet *Gerd Rosenkranz* einleitend als „Ratschlag vom Milchmädchen“: Würden ab sofort alle verfügbaren Mittel weltweit in den Ausbau der Atomtechnologie gelenkt, um bis 2050 eine Verdreifachung der aktuellen Kapazitäten zu erreichen, so würde dies zwar 12,5 – 20 Prozent zur Klimaentlastung beitragen, aber nicht ausreichen, um andere Maßnahmen auszuschließen. Ein massiver Ausbau der aktuellen Kapazitäten – derzeit sind nach Angaben der IAEA 443 Atomkraftwerke in Betrieb und 22 in Bau – ist schon auf Grund des fortgeschrittenen Alters der laufenden Anla-

gen nicht zu erwarten: „Allein um den Status quo zu stabilisieren, müssten wegen anstehender Stilllegungen in den kommenden zehn Jahren 80 neue Reaktoren geplant, gebaut und in Betrieb genommen werden – alle sechs Wochen einer. Im dann nachfolgenden Jahrzehnt müssten sogar 200 Meiler ans Netz gehen – alle 18 Tage einer. Atomkraft als Mittel gegen den Klimakollaps wird so zur reinen Illusion.“

Dieser nüchterne Befund wird in den Detailanalysen im Wesentlichen bestätigt und konkretisiert: Atomreaktoren herkömmlicher Bauart – so der Energieexperte *Antony Froggatt* in seinem für Greenpeace erstellten Bericht – „weisen schwerwiegende inhärente Sicherheitsmängel auf“, die vor allem deshalb zu einem akuten Problem werden, weil das weltweite AKW-Arsenal im Durchschnitt bereits über 21 Jahre alt ist und das Risiko eines folgenschweren Unfalls mit zunehmendem Alter drastisch ansteigt. Keineswegs beruhigend in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, dass die in Deutschland vereinbarte Abschaltung von AKWs nach 32 Betriebsjahren in Folge der von anderen Staaten verfolgten Atompolitik – Frankreich sieht 40, Finnland gar 60 Jahre vor – zunehmend in die Diskussion gerät. Dass die 26 OECD-Staaten derzeit die Hälfte ihres einschlägigen Etats für Forschung und Entwicklung (rund 88 Mrd. Dollar in die Atomforschung, aber nur 8 Prozent in erneuerbare Energien stecken, muss auch vor dem Hintergrund neuer Bedrohungspotenziale (etwa Terroranschlägen) zu denken geben. Ausführlich diskutiert werden auch die schon jetzt erheblichen Umweltbelastungen des nuklearen Brennstoffkreislaufs oder das Problem der Proliferation von Atomtechnologie. *Ottfried Nassauer* verweist unter anderem darauf, dass der Vertrag zur Nichtverbreitung der Atomtechnologie durch den wachsenden Energiebedarf der Entwicklungsländer, aber auch durch die Aussetzung der Verhandlungen über den gänzlichen Verzicht auf Atomwaffen zunehmend zur Disposition steht. Der weit verbreiteten These von der Wirtschaftlichkeit der Atomtechnologie tritt *Steve Thomas* mit einer detaillierten Analyse aller anfallenden Kosten und dem Hinweis auf massive staatliche Garantien und Subventionen entgegen. Unter konsequenter Anwendung des EU-Wettbewerbsrechts würde sich der Einsatz in diese Technologie nicht rechnen.

Im abschließenden Beitrag diskutiert *Felix Chr. Matthes* verschiedene Modelle zur Umsetzung akzeptabler Emissionspfade innerhalb der „Leitplanke einer globalen Erwärmung um 2 Grad“ bis 2050. Mehrere Energiemix-Strategien verweisen

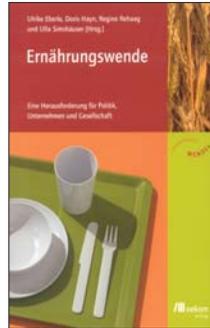
„Würden ab sofort tatsächlich weltweit alle verfügbaren Mittel in den Ausbau der Atomenergie gelenkt, um zum Beispiel das oben erwähnte Szenario einer Verdreifachung der Atomstromproduktion bis 2050 zu realisieren, könnte Elektrizität aus der Kernspaltung zur Mitte des Jahrhunderts immerhin mit 12,5 bis 20 Prozent zur Klimaentlastung beitragen. Das wäre nicht marginal, würde aber andererseits auch nicht ausreichen, um andere Optionen zur Eindämmung des Klimaefekts überflüssig zu machen.“

G. Rosenkranz in
60 S. 39)

dabei auf eine Reihe gangbarer Wege zur Reduktion der CO₂-Emissionen um bis zu 80 Prozent (gegenüber 1990). Die dafür aufzuwendende Summe von jährlich etwa 2 Prozent des BSP ist in Anbetracht der schon jetzt absehbaren Risiken eine mehrfach lohnende Zukunftsinvestition.

W. Sp.

Atomenergie



61 Ernährungswende.
Eine Herausforderung für Politik, Unternehmen und Gesellschaft. Hrsg. v. Ulrike Eberle u. a. München: ökom-Verl., 2006. 210 S., € 29,80 [D], 31,90 [A], sFr 52,40
ISBN 3-86581-008-X

Ernährung wurde bislang immer sektoral betrachtet: Die Ernährungswissenschaft konzentrierte sich allein auf die „physiologisch ausgewogene Ernährung“, die Umweltwissenschaft auf die ökologischen Implikationen. Die im Zuge des Wellness-Booms an Bedeutung gewinnende Vermarktung der Gesundheit wiederum stellt nur auf einzelne Produkte oder gar Präparate (Functional Food) ab. Ernährung als Teil von Esskultur und Lebensstil sowie ihre Einbettung in den Alltag der Menschen blieben dabei außen vor. Die Frage, „wie eine nachhaltige Ernährung mit den zur Verfügung stehenden Mitteln an Zeit und Geld im jeweiligen Alltag realisiert werden kann“, wurde nicht gestellt.

Im Zentrum des hier dokumentierten Forschungsprojekts „Ernährungswende“ stand daher ein ganzheitlicher Ansatz, der die Lebenswelt(en) der Menschen berücksichtigt und auch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in den Blick nimmt. Eine Ernährungswende sei nur dann erfolgreich, so die Ausgangsthese, „wenn Ernährung umweltverträglich und gesundheitsfördernd ist, wenn sie alltagsadäquat gestaltet ist und soziokulturelle Vielfalt ermöglicht“.

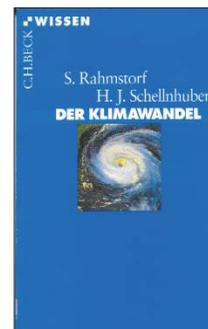
Dabei treten Aspekte in den Mittelpunkt wie „Ernährungskommunikation“, „Verantwortungsteilung“ (Landwirtschaft, Lebensmittelindustrie, Handel, Gastronomie oder Großküchen sind ebenso in die Pflicht zu nehmen wie die KonsumentInnen) sowie „Kompetenzstärkung“ (gefordert sind Kochkompetenz, Konsum-, Finanz- und Gesundheitskompetenz sowie die Fähigkeit, Informationen beschaffen, auswählen und beurteilen zu können). Der Forschungsansatz differenziert zwischen unterschiedlichen Ernährungstypen, die

in ihren jeweiligen Alltagsrealitäten „abgeholt“ werden müssen. So sind die „desinteressierten Fastfooder“ oder die „gestressten AlltagsmanagerInnen“ anders anzusprechen als etwa die „fitnessorientierten Ambitionierten“ oder die „ernährungsbewussten Anspruchsvollen“. Am Beispiel Schule wird gezeigt, dass ohne strukturelle Veränderungen (Umbau der „Settings“) keine Ernährungswende machbar ist. Die körper- und bewegungsfeindlichen Zeitrhythmen des herkömmlichen Unterrichts müssten Strukturen weichen, in denen Essen „selbstverständlicher Bestandteil schulischen Lebens- und Bildungsraums“ wird. Aufgeräumt wird schließlich auch mit umweltbezogenen „Mythen“, etwa dass vorverarbeitete Lebensmittel per se ökologisch schlechter seien und dass Gütertransporte für Lebensmittel sowie Verpackungsmaterial die Hauptumweltbelastungen im Bedürfnisfeld Ernährung verursachen. Hinsichtlich Energie-, aber auch Gesundheitsbilanz wiege etwa der hohe Fleischverzehr gewichtiger (im doppelten Sinne) als regionale oder biologische Lebensmittel, auch wenn es für beide „gute Argumente“ gäbe (Agrobiodiversität, regionale Wirtschaft usw.).

Die AutorInnen plädieren für ein Nachhaltigkeitsiegel, das die ganzheitlichen Auswirkungen von Lebensmitteln und „Außer-Haus-Verzehr“ widerspiegelt, sowie für einen Wechsel der Wahrnehmung weg von der Frage „Wie müssen wir uns ernähren?“ hin zu „Wie wollen wir uns ernähren?“
H. H.

Ernährung: Wende

In den letzten Ausgaben haben wir z. T. ausführlich über Naturkatastrophen, Klimawandel und Wetterextreme berichtet. Zwei aktuelle Nachreichungen zum Klimawandel und dessen Auswirkungen auf die Schweiz seien an dieser Stellung



62 Rahmstorf, Stefan; Schellnhuber, Hans J.: Der Klimawandel. Diagnose, Prognose, Therapie. München: Beck, 2006. 144 S., € 7,90 [D], 8,20 [A], sFr 16,60
ISBN 3-406-50866-9

Für die Klimaforscher Rahmstorf/Schellnhuber gilt heute als gesichert, dass die Konzentration von CO₂ in der Atmosphäre stark angestiegen ist (durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe), CO₂ ein klimawirksames Gas darstellt („das den Strahlungshaushalt der Erde verändert“) und im glo-

„Für privaten Konsum wurde in deutschen Haushalten 2000 durchschnittlich doppelt so viel Geld ausgegeben wie zu Beginn der 1960er Jahre. Der prozentuale Anteil der Ausgaben für Lebensmittel und Essen außer Haus hat sich demgegenüber im gleichen Zeitraum von knapp 30 Prozent auf 16 Prozent halbiert. Diese Entwicklung kann als eine sinkende Wertschätzung von Ernährung interpretiert werden.“
(D. Hayn ... in **61**, S. 79)

balen Mittel die Temperatur im 20. Jahrhundert um ca. 0,6 Grad (in Deutschland um ca. 1 Grad) angestiegen ist. Die Auswirkungen dieser Entwicklung sind vielerorts bereits sichtbar (vgl. dazu PZ 3/2005, S. 5 - 8), darüber hinaus ist das Klimasystem der Erde zu großen Schwankungen fähig. Die Autoren weisen speziell darauf hin, dass es jenseits der Katastrophenmeldungen wünschenswert wäre, „wenn die Medien sich verstärkten wirklich für die Allgemeinheit wichtigen Diskursen zum Klimaproblem widmen würden“ (S. 90). Lösungsstrategien sind denn auch Hauptgegenstand des letzten Kapitels, in dem etwa von einem weltweiten „Klimapflichtversicherungssystem“ (analog zur Pflichtversicherung in einer Krankenkasse) die Rede ist. An der Umsetzung ihres Vorschlags hegen die Autoren – beide sind am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung tätig – selbst Zweifel. Nach etwas kryptischen Überlegungen zum „optimalen Klimawandel“ kommen Rahmstorf/Schellnhuber zu dem Schluss, dass es zum „Ursache-Wirkung-Ansatz“ keine Alternative gibt. Als eines der wenigen integrierten Konzepte zur Bremsung des Klimawandels wird der WBGU-Ansatz (wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, www.wbgu.de/) detailliert erläutert. A. A.

Klimawandel



63 Rebetez, Martine:

Helvetien im Treibhaus.

Der weltweite Klimawandel und seine Auswirkungen auf die Schweiz. Bern (u. a.): Haupt-Verl., 2006. 149 S. (*Le savour suisse*)
€ 12,90 [D], 13,30 [A],
sFr 19,80

ISBN 3-258-07056-3

Der globale Klimawandel ist auch Thema dieses Bandes, in dem Martine Rebetez demonstriert, wie sich dieser auf Bergland, Gletscher, Landwirtschaft, Wald und nicht zuletzt auf die Tourismusindustrie in der Schweiz auswirkt. Die beschriebenen Konsequenzen der Erwärmung sind hinlänglich bekannt. Interessant hingegen sind Details. So ist zu erfahren, dass in der Schweiz pro Einwohner und Jahr mehr als sechs Tonnen Kohlendioxid und eineinhalb Tonnen Kohlenstoff freigesetzt werden, etwas weniger als in der EU, aber nur ein Drittel der Mengen der USA, Australien oder Kanada. Hinsichtlich der Reduktionsziele fordert die Autorin rasches Handeln und Solidarität. (Tropenländer brauchen Hilfe von außen, ein Alpenkanton kann nicht sämtliche Vorrichtungen

zum Schutz vor Naturkatastrophen alleine finanzieren.) Sie erinnert auch an das Konzept der nachhaltigen Waldnutzung, das auf dem Grundsatz beruht, nur den Zins des Kapitals an natürlichen Ressourcen zu verbrauchen und nicht seine Substanz anzugreifen. A. A.

Klimawandel



64 Flannery, Tim:

Wir Wettermacher. *Wie die Menschen das Klima verändern und was das für unser Leben auf der Erde bedeutet.* Frankfurt/M. S. Fischer, 2006. 396 S.,
€ 19,90 [D], 20,50 [A],
sFr 34,90

ISBN 3-10-021109-X

Die Zeiten, in denen niemand für das Klima verantwortlich ist, sind vorbei, denn der Mensch ist Schuld am Klima - am Gletscherrückgang, an auftauenden Permafrostböden, an verstärkter Hurrikanaktivität, an Versteppung und Verwüstung, an Jahrhundertüberschwemmungen. Im Gegensatz zu vielen seiner Kollegen geht der Zoologe Tim Flannery allerdings davon aus, dass wir noch nicht mitten drin sind im Zeitalter des Klimawandels – die wirklich schlimmen Ereignisse werden erst noch kommen.

Im vorliegenden Band durchforstet der Wissenschaftler die Forschungsliteratur der vergangenen Jahre, ergänzt diese mit aufschlussreichen Fakten und besucht zahlreiche Orte sichtbarer Klimaveränderung. „Wir müssen mit aufrichtiger Skepsis alles erneut überprüfen, um zu erkennen, wie schnell sich der Klimawandel vollzieht und welche Ausmaße er haben wird, damit wir bei unseren Anstrengungen und Mitteln die Prioritäten so setzen können, dass wirklich etwas dabei herauskommt.“

Schließlich unterbreitet Flannery Strategien, die technisch, ökonomisch und vor allem soziologisch realisierbar sind. Neben altbekannten Forderungen schwebt ihm ein Mix aus dezentralen, nachhaltigen Energiequellen vor mit einem maßvollen Anteil an solchen mit hoher Energiedichte (Erdöl). Er „möchte nicht zurück zu den Zeiten, als man sechs Monate brauchte, um von Sydney nach London zu kommen“. Bei Wasserstoff als Antriebsart bleibt er skeptisch, weil das Gas einfach zu schwierig zu handhaben sei. Ganz Realist, geht Flannery davon aus, dass die Idee einer Einschränkung der individuellen Mobilität politisch und gesellschaftlich keine Zukunft hat.

Wenig sympathisch sind seine Überlegungen zur Atomenergie, die helfen könnte, eine Klimakat-

„Irgendwann in diesem Jahrhundert wird der Tag kommen, da der menschliche Einfluss auf das Klima alle natürlichen Faktoren übertrifft. Dann werden die Versicherungsgesellschaften und die Gerichte nicht länger von 'höherer Gewalt' sprechen können, weil selbst die Unvernünftigsten von uns die Folgen hätten vorhersehen können. Stattdessen werden die Richter vor der Aufgabe stehen, Schuld und Verantwortung für menschliches Verhalten zuzuweisen, das aus dem neuen Klima resultiert.“

(T. Flannery
in **64**, S. 318)

astrophe abzuwenden. Dabei hofft er auf sicherere Reaktortypen und geht im übrigen davon aus, dass China und Indien ohnehin die Nuklearoption mit Nachdruck verfolgen werden. Auch wenn man nicht mit allen Ansichten Flannerys einverstanden ist, bietet er doch eine kompakte Grund-

lage zur eigenen Einschätzung des Klimawandels. Bleibt noch der Hinweis, dass das Buch klimaneutral produziert wurde, also alle anfallenden CO₂-Emissionen durch geeignete Projekte zur Reduktion neutralisiert wurden. A. A. **Klimawandel**

Soziale Räume gestalten



65 Handbuch Sozialraum. Hrsg. v. Fabian Kessl
... Wiesbaden: VS-Verl.,
2005. 659 S.,
€ 49,90 [D], 53,40 [A],
sFr 87,80
ISBN 3-8100-3957-8

Die auf zivilgesellschaftliche Initiativen seit den 1970er-Jahren zurückgehende Tradition der Stadtteilarbeit gilt heute als anerkanntes Instrument von Stadtentwicklung. Der Aufbau von Stadtteilbüros oder Kommunikationszentren, die Einführung von Quartiersmanagement oder sozialpädagogischer Bewohneraktivierung sind Beispiele dafür. Der Begriff des „Sozialraums“ wurde dabei zu einer Wahrnehmungsgröße, die nicht selten von Defizitzuschreibungen und diesen folgenden sozialpolitischen Interventionsstrategien bestimmt war, wie etwa das 1996 in Deutschland gestartete Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ belegt. Die Aktivierung neuer Gemeinschaftlichkeit im Kontext des (vermeintlichen) Verlusts traditioneller Bindekräfte der Gesellschaft (wie Familie) sowie der Wandel sozialpolitischer Planung hin zum Prinzip der Prävention sind als Motive zu nennen.

Ziel des vorliegenden Handbuchs ist es nun, den „Sozialraum“ aus der Sicht unterschiedlicher Disziplinen wie der Sozialgeografie, der Raumsoziologie, der Stadtplanung oder der Sozialen Arbeit kritisch zu reflektieren. Thematisiert werden die Chancen und Gefahren der „Territorialisierung des Sozialen“, die Ambivalenz der „Kartographie“ etwa durch Sozialindikatoren. Aber auch die Emanzipationspotenziale von Sozialräumen („Räume der Ermöglichung“, „Nutzung und Entwicklung der Ressourcen des sozialen Raums“) kommen zur Sprache.

Wissenschaftstheoretischen Verortungen („Diszi-

plinäre Positionierungen“) sowie der Erarbeitung regulativer Räumlichkeitsaspekte („Strukturierungen“) folgen im letzten Abschnitt Reflexionen zu konkreten „Handlungsfeldern“ wie Schule, Jugendarbeit, Lokale Ökonomien, Arbeitsmarktpolitik, Verwaltungshandeln, Gemeinwesenarbeit oder Bürgerschaftliches Engagement. Die auf hohem Abstraktionsniveau verfassten Beiträge befruchten vornehmlich den wissenschaftlichen Diskurs, der in den Ausführungen gespiegelt wird; sie sind jedoch kaum – wie der Titel „Handbuch“ vermuten ließe – als Handreichung für PraktikerInnen etwa der Kommunalpolitik oder Stadtteilarbeit zu lesen. H. H.

Sozialraum

„Wenn geografische Entfernungen immer weniger von Bedeutung sind, steigt die Möglichkeit zur Wahl eines Ortes.“
(M. Schroer in **66**, S. 223)



66 Schroer, Markus: Räume, Orte, Grenzen.
Auf dem Weg zu einer Soziologie des Raumes.
Frankfurt/M.: Suhrkamp,
2006. S. 334 (stw; 1761)
€ 12,- [D], 12,40 [A],
sFr 22,10
ISBN 3-518-29361-3

Im Zeitalter der Globalisierung war bzw. ist viel von der Entwertung des Raumes/Ortes die Rede. Gleichzeitig ist offensichtlich, dass räumliche Bezüge nicht gänzlich obsolet werden. Räume prägen unser Verhalten und helfen uns zu entscheiden, in welcher Situation wir uns befinden. Menschliches Verhalten in physikalischen Raumstrukturen determiniert sich durch die Bedeutung und Wertigkeit, die Menschen bestimmten Strukturen und Orten geben. Dies nicht immer aufs Neue, denn bestimmten Orten und Räumen (z. B. Kirchen, Moscheen) werden vordefinierte Bedeutungen und Wertigkeiten zugeschrieben. Ausgangspunkt dieser Studie ist, dass wir es mit verschiedenen Räumen (Raumbildern, Raumauffassungen) und damit auch Raumkonzepten zu tun

haben, die einander nicht ablösen, sondern nebeneinander existieren. „Wie uns räumliche Strukturen ein bestimmtes Verhalten nahe legen, zeigt auch, dass man sich etwa in einer Einkaufsstraße nicht einfach in Kreis- oder Zickzackbewegungen fortbewegen kann.“ (S. 176) Einer der zentralen Befunde ist, dass die ehemals kulturell deutlich definierten Grenzen von innen und außen, eigen und fremd, privat und öffentlich zunehmend ihr Exaktheit und Klarheit verlieren. „Und gerade diese Unklarheit provoziert Anstrengungen, wieder zu klaren Grenzziehungen zu kommen.“ (S. 180) Im Kontext der Globalisierungsthematik gibt es deutliche Hinweise dafür, „dass Räume eine Art von ontologischer Sicherheit zu verbürgen scheinen“ (ebd.). Sie versprechen Übersicht in einer unübersichtlichen Welt, reduzieren somit Komplexität.

In exemplarischen Analysen geht *Markus Schroer* etwa dem Verhältnis von Raum und Politik, urbanen und virtuellen Räumen (das Internet als Raum, der durch die Aktivitäten der Netz-User permanent wächst und sich ausdehnt) ebenso nach wie dem Thema Raum und Körper.

Deutlich wird, was wir ohnehin schon wussten, nämlich dass Aussagen vom Ende des Raums entschieden zu kurz greifen. Ausgeblendet wird dabei, dass, wo immer eine Grenze fällt, an anderer Stelle eine neue errichtet wird. In diesem Sinne ändern Grenzen nur ihren Ort oder ihre Gestalt. Zu sprechen ist daher von einem Mehrebenencharakter, der Pluralität räumlicher Bezüge. Heute, so der Verfasser, haben wir es mit einem Nebeneinander der verschiedenen Kulturen, Regime, Lebensstile, Werte, Moden usw. zu tun, „die nicht in einem Behälter namens Nation, Staat oder Weltgesellschaft enthalten sind, sondern selbst Räume hervorbringen – vielfältig miteinander verflochtene, sich überlagernde Räume unterschiedlicher Reichweite und Ausdehnung, die durch keine vereinheitlichende Klammer mehr zusammengehalten werden, sondern nebeneinander existieren“. (S. 226)

Der Autor kommt somit zusammenfassend zu dem Befund, dass bei aller Abstraktheit der gesellschaftlichen Entwicklungen Menschen nicht nur an Raum und Körper gebunden bleiben, sondern immer stärker auch auf sich selbst zurückgeworfen werden. Positiv gewendet würde das der Forderung nach einer „Renaissance der Orte“ (H. Holzinger in „Kunst der Nachhaltigkeit“, Nr. 68) durch die „Rückholung individueller und kollektiver, ökonomischer und politischer Gestaltungsräume“ entsprechen. A. A.

Soziologie: Raum



67 *Aner, Kirsten: „Ich will, dass etwas geschieht“.* Wie zivilgesellschaftliches Engagement entsteht – oder auch nicht. Berlin: Ed. Sigma, 2005. 311 S., € 22,90 [D], 23,60 [A], sFr 40,10 ISBN 3-89404-537-X

Nachdem Sozialstaat, Arbeitsgesellschaft und Demokratie als Partizipationsgemeinschaft zu erodieren scheinen, ruhen die besonderen Hoffnungen für zivilgesellschaftliche Aktivitäten auf den „neuen Alten“, die sich frei von den Zwängen des Erwerbslebens auf die Suche nach einem neuen Lebenssinn machen. Ob diese Hoffnungen nach wie vor berechtigt sind, versucht die vorliegende Dissertation zu klären. Mit Hilfe des so genannten Lebenslagekonzepts werden Bewusstseins- und Handlungsmuster bei ausgewählten Personen (acht männliche Volkswagen-Mitarbeiter des Jahrgangs 1942, die über einen so genannten Altersteilzeitvertrag vorzeitig aus dem Arbeitsleben ausschieden) eruiert. Daraus leitet sich die eigentliche Forschungsfrage nach der (berufs)biografischen Entstehung individuellen zivilgesellschaftlichen Handelns oder individueller Passivität in der nachberuflichen Lebensphase ab.

Das Lebenslagekonzept bietet sich nach Auskunft von Kirsten Aner insofern an, als damit die Dimensionen Einkommen und Bildung sowie beruflicher Status in ihrer Korrelation mit zivilgesellschaftlichem Engagement in der nachberuflichen Lebensphase berücksichtigt werden können. Mit der Methode „problemzentrierter Interviews“ wurden schließlich Handlungsmuster der Interviewten sowohl aus dem privaten wie auch beruflichen Lebensbereich rekonstruiert.

Die vorliegende Studie zeigt, dass sich Werte und Motive zur Stärkung von zivilgesellschaftlichen Aktivitäten nur durch eine frühe und kontinuierliche Sozialisation und durch positive Erfahrungen mit einer „Kultur der Partizipation“ in verschiedenen Lebensbereichen etablieren und festigen können. Wenig erfolgversprechend sind hingegen Strategien der Erziehung und des Forderns. Als zwingend notwendig für zivilgesellschaftliches Handeln gilt jedenfalls die Anerkennung desselben. Doch der Strategie der „Ermöglichung“ durch Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen sind auch Grenzen gesetzt, etwa wenn Handlungsoptionen großer Teile der älteren Bevölkerung durch zunehmend schlechtere Partizipationsbedingungen (auch qualifizierter Arbeits-

*„In absehbarer Zeit könnte sich die Gruppe derjenigen quasi ‚auflösen‘, auf deren zivilgesellschaftliches Engagement im Alter man heute noch mit einiger Selbstverständlichkeit zählen kann.“ (A. Kirsten in **67**, S. 15)*

kräfte) im Erwerbsleben durch die schrittweise Anhebung der Altersgrenzen für die Altersrente oder durch zunehmende soziale Ungleichheit stark eingeschränkt werden.

Zu Recht weist deshalb die Autorin darauf hin, dass die Vorstellung eines weit verbreiteten zivil-

gesellschaftlichen Engagements älterer Menschen nicht selbstverständlich bleiben muss und es sehr wohl sozialpolitischer Interventionen bedarf, um dieses Engagement zu ermöglichen und zu fördern. A.A.

Engagement: bürgerschaftliches

Sustainable Mozart

Der Schriftsteller *Adolf Muschg* war einer der Gäste der Abschlussveranstaltung der Reihe „Sustainable Mozart“, die sich dem Thema „Kultur und Kunst als Impulsgeberinnen für Zukunftsfähigkeit“ widmete. „Sustainable Mozart“ wurde von der JBZ im Auftrag von *Mozart2006Salzburg* und dem „Lebensministerium“ durchgeführt. Die Ergebnisse der insgesamt fünf Veranstaltungen umfassenden Reihe mit 15 internationalen Gästen aus Kultur, Wissenschaft und Politik erscheinen Ende 2006 als Buch im JBZ-Verlag.

Kunst der Nachhaltigkeit

Über 20 KünstlerInnen wirkten an einem gemeinsam mit dem Österreichischen „Lebensministerium“ am 5. Mai 2006 in der JBZ durchgeführten Workshop zum Thema „Nachhaltigkeit zwischen VerOrtung und Weltbezug“ mit. Informationen zu den präsentierten Projekten aus Aktionskunst, Bildender Kunst, Fotografie, Literatur und Musik sind zu finden unter www.jungk-bibliothek.at/sm5.htm. Ergebnisse des Workshops und weitere Beispiele engagierter Kunst zu Partizipation, Nachhaltigkeit, Konsum und Lebensstil enthält ein von der JBZ gemeinsam mit dem Verein SOL - Menschen für Solidarität, Ökologie und Lebensstil - herausgegebenes Dossier „Kunst der Nachhaltigkeit“. Projekte wie „Flussbetschlafen“, „WochenKlausur“ oder das Polittheater „Church of Stop Shopping“ zeigen, wie soziale Interventionen zur Reflexion über Fragen der Nachhaltigkeit anregen können. Das Dossier enthält überdies Essays etwa über die „Renaissance der Orte“ oder über „Kulturen des Alltags“. Internationale Ansätze der Verbindung von Kultur und Nachhaltigkeit enthält auch die von Hildegard Kurt für „Agenda Transfer“ herausgegebene Dokumentation „Die Kunst der Zukunftsfähigkeit“.

Salzburger:Zukunfts:Dialoge

„Die Kunst, den Tiger zu reiten. Wirtschaft in globaler Verantwortung – Anspruch und Wirklichkeit“, so das Thema der ersten Salzburger:Zukunfts:Dialoge, die am 21. Juni im ORF-Publikumsstudio stattfanden. Der Zukunftsforscher Franz Josef Radermacher und Wolfgang Anzengruber, Vorstandsdirektor des Salzburger Unternehmens Palfinger, eröffneten diese neue Veranstaltungsreihe der JBZ in Kooperation mit dem Land Salzburg sowie den Medienpartnern ORF und Salzburger Nachrichten. Fragen einer humanen Zukunftsgestaltung im Dialog von Wissenschaft und Praxis zu thematisieren, ist Ziel der Reihe. Während Anzengruber Möglichkeiten von Unternehmensverantwortung skizzierte, verwies Radermacher einmal mehr auf die Notwendigkeit der politischen Gestaltung von Globalisierung und die Chancen eines Global Marshall Plans zur Erreichung der UN-Millenniumsziele.



68 Kunst der Nachhaltigkeit. Red.: Hans Holzinger, 28 S. (Sustainable Austria; 34) Bestellung unter jungk-bibliothek@salzburg.at um € 2,50 zzgl. Porto; Tel. 0043.662.873206
Kostenloser Download unter www.nachhaltig.at.



69 Die Kunst der Zukunftsfähigkeit. Ansätze, Beispiele, Hintergründe, Erfahrungen.
Red. Hildegard Kurt.
Hrsg. v. Agenda Transfer.
Bonn, o. J., 82 S., € 5,-
Bezug: www.agenda-transfer.de

Tagungen - Workshops

Hier weisen wir auf zukunftsrelevante Veranstaltungen hin. Wir laden dazu ein, uns einschlägige Hinweise zuzusenden.

6. 7. Salzburg (A)

Raúl Montenegro (Alternativer Nobelpreisträger): „Der stille Genozid an den Mbya Guarani“. Buchpräsentation, Video. Literaturhaus Salzburg. Infos: www.pro-lit.at. In Koop. mit der JBZ

9. – 14. 7. Stadt Schlaining (A)

23. Int. Sommerakademie „Gute Medien – Böser Krieg?“ Infos: Österr. Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung, www.aspr.ac.at/sak2006htm

10. – 14. 7. Salzburg (A)

55. Int. Pädagogische Werktagung „Ich kann. Du kannst. Wir können.“ Infos: pwt.kirchen.net

17. 8 – 2. 9. Alpach (A)

Europäisches Forum Alpach „Suche nach Gewissheit und Sicherheit.“ Infos: www.alpach.org

15. – 17. 9. Tutzing (D)

Tagung „Erneuerbar – Ökosozial orientierte Lebensstile“. Infos: Evang. Akademie Tutzing, www.ev-akademie-tutzing.de

20. - 24. 9. Osnabrück (D)

Kongress "Bildung - Wissenschaft - Arbeit: Perspektiven f. d. 21. Jahrhundert". Infos: gszell@uos.de, www.workandlabour.org

6. – 8. 10. Bad Boll (D)

Tagung „Atomwaffenfrei bis 2020“ Evang. Akademie Bad Boll, www.ev-akademie-boll.de

19. - 20. 10. Berlin (D)

Kongress "Bürgergesellschaft - Wunsch und Wirklichkeit". Infos: Berliner Wissenschaftszentrum für Sozialforschung, chrislange@snafu.de.

2.- 24. 11. Luzern (CH)

„Making Sense of the Future“ – European Futurists Conference. Infos: www.european.futurists.org

Autoren- und Schlagwortregister

Autorenregister

Aner, Kirsten 67

BEIGEWUM (Hrsg.) 37
Bosch, Gerhard 38

Eberle, Ulrike (Hrsg.) 61
Engler, Wolfgang 48
Exner, Andreas (Hrsg.) 34

Flannery, Tim 64
Füllsack, Manfred (Hrsg.) 52

Gründinger, Wolfgang 59

Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.) 60
Heuwinkel, Ludwig 39
Holzinger, Hans (Red.) 68
Höppner, Reinhard 36
Huber, Jeannette 53

Kessl, Fabian (Hrsg.) 65
Kirig, Anja 58
Koch, Susanne 43
Kodré, Petra (Hrsg.) 42
Krier, Jean Marie 46
Kurt, Hildegard (Red.) 69

Leemann, Eduard 51
Lohr, Karin (Hrsg.) 45

Paternoga, Dagmar 49

Rahmstorf, Stefan 62
Rätz, Werner 49
Rebetez, Martine 63

Schaffer, Axel 40
Schellhuber, Hans J. 62
Schroer, Markus 66
Schwinger, Elke 47
Siemers, Barbara 41
Stahmer, Carsten 40

Steinbach, Werner 49
Steinmüller, Angela 55
Steinmüller, Karlheinz 55
Stephan, Gesine 43

Verein MenschenWerk
(Hrsg.) 35

Vobruba, Georg 50

Walwei, Ulrich 43
Wenzel, Eike 58
Wilms, Falko E. P. (Hrsg.) 54
Wopp, Christian 57

Schlagwortregister

Arbeit: Dienstleistungsgesellschaft 38

- : ganzheitliche 35

- : Kritik 34

- : Prekarisierung 44, 45

Arbeitsmarkt: Reformen 36

Arbeitsmarktpolitik 42

- : aktive 43

Arbeitszeitverkürzung 39, 40

Atomenergie 60

Dienstleistungen: Automatisierung 56

Eigenarbeit 47

Energie: Erdöl 59

Engagement: bürgerschaftliches 67

Ernährung: Wende 61

Fair Trade 46

Grundeinkommen 48, 49, 50, 52

Innovation: Wirtschaft 53

Klimawandel 62, 63, 64

Nachhaltigkeit 68

Sabbatical 41

Sozialraum 65

Soziologie: Raum 66

Szenariotechnik 54

Technik 55

Trendforschung: Sport 57

- : Tourismus 58

Wirtschaft: Einkommen 51

Wirtschaftspolitik: Arbeit 37

Zukunftsfähigkeit 69



Verändern Sie die Welt durch Lesen.

12 Euro im Monat spenden und ein kostenloses Buch-Abo beziehen.

Global Marshall Plan
changes the world
 with an anti-social market economy

Unterstützen Sie unsere Initiative und spenden Sie mindestens 12€ / Studierende 6€ im Monat. Im Gegenzug schicken wir Ihnen mehrmals im Jahr relevante Bücher zu. Ohne, dass weitere Kosten für Sie entstehen. Mehr Informationen erhalten Sie unter www.globalmarshallplan.org/bookabo oder Sie schicken eine Mail an info@globalmarshallplan.org

IMPRESSUM

Medieninhaber, Herausgeber:
 Robert-Jungk-Stiftung
 Geschäftsführer: Dr. Werner Riemer

Für den Inhalt verantwortlich:
 Robert-Jungk-Bibliothek
 für Zukunftsfragen
 Leitung: Dr. Walter Spielmann

Redaktion:
 Dr. Alfred Auer (A. A.)
 Mag. Hans Holzinger (H. H.)
 Dr. Walter Spielmann (W. Sp.)

Mitarbeiter dieser Nummer:
 Univ. Prof. Dr. Klaus Firlei

Grafik/Layout: A. A., H. H.

Gesamtherstellung/Verlag:
 Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen

Robert-Jungk-Platz 1, A-5020 Salzburg
 Telefon: +43(0)662 / 873 206
 Telefax: +43(0)662 / 873 206-14
 E-Mail: jungk-bibliothek@salzburg.at
 Internet: <http://www.jungk-bibliothek.at>

PRO ZUKUNFT
 erscheint 4 Mal pro Jahr.
 Preis des Einzelheftes: € 7,-
 Abonnement (pro Jahr): € 25,- zzgl. Porto
 Versandkosten: € 5,- (Europa)
 Ältere Hefte: € 3,- zzgl. Porto

Preise für außereuropäisches Ausland
 auf Anfrage.

Bestellungen:
 Robert-Jungk-Bibliothek für Zukunftsfragen
 Robert-Jungk-Platz 1, A-5020 Salzburg
 Tel. +43(0)662 / 873 206

Zahlungen erbeten an:
 Verein der Freunde und Förderer der
 Robert-Jungk-Stiftung,
 Kto. 238 888 5, BLZ 55000
 SalzburgerLandeshypothekenbank

Für Überweisungen aus dem Ausland
 IBAN: AT41550000002388885
 BIC/SWIFT: SLHYAT2S

PRO ZUKUNFT kann im Abonnement
 oder als Einzelheft beim Buchhandel
 und direkt bei der JBZ bestellt werden.
 Zahlungen bitte erst nach Erhalt der Rechnung.

Abbestellungen bitte bis spätestens
 8 Wochen vor Ablauf des Jahresabonnements.
 Erfolgt keine Abbestellung, verlängert sich
 das Abonnement automatisch.

Offenlegung der grundlegenden Richtung des
 periodischen Mediums § 25 Abs 4 MedienG:

Pro ZUKUNFT ist die Zeitschrift der Internationalen
 Bibliothek für Zukunftsfragen / Robert-Jungk-
 Stiftung. Vier Mal pro Jahr stellt sie Publikationen
 aus dem Bereich der Zukunfts- und Trendforschung
 vor und informiert interdisziplinär über neue zu-
 kunftsrelevante Publikationen (Sachbücher, Graues
 Material und Beiträge in Neuen Medien.

PRO ZUKUNFT wird auf chlorfrei
 gebleichtem Offset-Papier gedruckt

ISSN 1011-0089